

Rieber verwertet er auch Speisefartoffeln für gewerbliche Zwecke und macht dabei bei den hohen Höchstpreisen für Kartoffelpräparate ein ausgezeichnetes Geschäft. Die Butterverordnung des Oberkommandierenden in den Marken aber kann für Berlin verhängnisvoll werden, wenn nicht staatliche Maßnahmen schleunigst der Ablenkung der Ware vom Berliner Markt vorbeugen, wobei es noch sehr starken Zweifeln unterliegt, ob die Art wie den Andeutungen in der Presse der Butterpreis fixiert werden soll, erfolgversprechender ist als die Methode, nach der man für billige Kartoffeln sorgen will.

Man sollte meinen, daß eine Stundgebung, wie die der Berliner Stadtverordnetenversammlung und des Berliner Magistrats, die Regierung veranlassen müßte, nun endlich aus ihrer durch das Paragräphengitter nur schlecht verdeckten Untätigkeit herauszutreten. Die Kräfte, die von anderer Seite auf sie wirken, sind stark, aber sie müßte sich ihrer mit dem Hinweis auf die imponierende Einmütigkeit aller Parteien in der volkreichsten Stadt erheben können, zumal da sie in der Lage ist, darauf hinzuweisen, daß dieselben Wünsche, die aus Berlin ertönen, fast aus allen Städten des Reiches laut werden: Höchstpreise für das ganze Reich, Verschlagnahme, Verhinderung von Ausfuhrverboten aus einzelnen Provinzen und Landesteilen in das deutsche Inland — darin gipfeln die Forderungen. Werden sie vom Staat erfüllt, dann erst ist dem Elter und der Beschädigung städtischer Selbstverwaltung die freie Bahn geöffnet.

Freilich, darüber soll man sich keinen Illusionen hingeben: es ist durch langes Zögern schon zuviel verärgert worden, als daß wir uns von der jetzt einsetzenden Tätigkeit allzuviel versprechen dürften, und wenn nun Höchstpreise festgesetzt werden, die den in der Zwischenzeit erworbenen berechtigten Interessen der Händler Rechnung tragen, so ist für Arbeiter und kleinen Mittelstand auch nicht viel gewonnen. Ob die Butter 2,80 M. oder 5 M. pro Pfund kostet, macht für den, der zuvor höchstens 1,50 M. anlegte, nicht viel aus, und die hohen Löhne, von denen auch in der Berliner Stadtverordnetenversammlung wieder die Rede war, gehören leider zum guten Teil in das Reich der Fabel oder sie besitzen zum wenigsten nicht soviel Kaufkraft, daß der Arbeiter andere als die notwendigsten Bedürfnisse befriedigen könnte. Immerhin ist es möglich, daß die Grenze des Notwendigsten ein klein wenig weiter zu ziehen, und selbst wenn sich das nicht erreichen läßt, so würde ein entschlossenes Vorgehen doch wenigstens die moralische Bedeutung haben, dem unerfreulichen Schauspiel ein Ende zu machen, das weite Kreise der Bevölkerung, und zwar gerade die, die am lautesten das Durchhalten predigen, den Krieg als Konjunktur betrachten, und sich in einer Zeit, die zahllosen Menschen Leid und Sorge bringt, zum Schaden der Volksgemeinschaft bereichern.

Wir lieben das Argument nicht, es müsse etwas geschehen, um die gute Kriegsstimmung in der Bevölkerung zu erhalten. Wir sind der Meinung, daß die ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln und der Kampf gegen den Wucher Selbstwert sein soll und nicht Mittel zum Zweck. Aber der Regierung müßte diese Erwägung eigentlich nahe liegen. Es könnte der Moment kommen, wo sich ihre Untätigkeit an ihr und dem Lande bitter rächte, und schon deshalb sollte sie den Satz beherzigen, mit dem der Berliner Oberbürgermeister seine Rede begann: „Die Zeit verknagt, daß gehandelt wird!“

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 21. Oktober. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern: An der Chaussee nördlich von Mitau bei Olai (21 Kilometer nordöstlich) dauert der Kampf an. Im Walde östlich von der Chaussee wird an mehreren Stellen gekämpft. Unsere IJa-Kuermey-Flugzeuge erschienen gestern über dem Bahnhof Friedrichstadt südlich von Mitau, und warfen auf Gebäude und rollendes Material mehrere Dutzend Bomben. In Gegend Dünaburg an der Chaussee Dünaburg-Kowo-Alexandrowski machten die Deutschen einen Angriff, den wir gegen den Meddum-See zurückwarfen. Nördlich vom Boginsloje-See griffen die Deutschen bei Murnischli an. Wir warfen sie durch Feuer zurück. Auf dem linken Styrifer setzten unsere Truppen die Verfolgung des Gegners, welcher sich in Unordnung zurückzog, und in den Wäldern zerstreute, fort. Wir besetzten nach Gefecht das Dorf nördlich vom Dorfe Rucyayce (18 Kilometer nördlich von Rajalowitz). Bei dem Dorfe Sobieszyce am Styr nördlich von Rajalowitz (3 Kilometer) warfen wir einen Angriff des Gegners zurück, machten von neuem Gefangene und erbeuteten Maschinengewehre. Ergänzend wird gemeldet, daß sich unter den gestern angegebenen gefangenen Offizieren des 1. Grenadier-Regiments außer dem Bataillonskommandeur auch jein Adjutant und sieben Kompagnieführer befinden und unter den gefangenen Kanonen eine geschlossene Batterie zu vier Paubigen, vollkommen in Stand und mit vielen Geschossen war.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 21. Oktober. (W. Z. V.) Kriegsbericht von gestern: Am 19. Oktober dauerte unsere Offensive in Tirol und im Trentino mit glänzenden Erfolgen fort. Im Jubiacarinal nahmen wir im Sturm den Palonogipfel nordöstlich von Condino, eine starke, beherrschende Stellung, den Ausgang des Daonetales und den obersten Teil des Ledrotales, das mit zwei Reihen Schützengräben, teilweise in Felsen eingehauen, versehen war, wir machten achtzig Gefangene, darunter vier Offiziere. Der Rest der österreichisch-ungarischen Besatzung ergriff die Flucht ins Lagarinal. Wir vervollständigten die Aktion vom 18. d. M., indem wir die Höhen nördlich und nordöstlich von Crosano, die ebenfalls mit zahlreichen gut ausgebauten Schützengräben besetzt waren, nahmen. Vom St. Bernard und auf dem Monte Biagna hat der Feind darauf durch heftiges Artilleriefeuer versucht, uns aus den von uns besetzten Stellungen zu vertreiben, jedoch ohne Erfolg. Im oberen Cordevoles dauerte der Angriff ebenfalls an und setzte uns in den Besitz von Sief auf den Abhängen des Lanapasses. Im Gebiete von Palzarego erreichten unsere Alpini den kleinen Lagazuel. Im Felatal griff der Feind am 18. und 19. Oktober mehrfach unsere vorgeschobenen Stellungen an, wurde aber beständig zurückgeschlagen. Am oberen und mittleren Fozzo und auf dem Karst dauerte der Gefäßkampf mit kleinen Infanteriegefechten fort. Western hat ein Geschwader unserer Flugzeuge einen neuen Angriff auf das feindliche Flugfeld von Sissobizza mit schließlich befriedigendem Ergebnis ausgeführt. Die Flugzeuge sind, obgleich sie dem Feuer der zahlreichen gegnerischen Artillerie ausgesetzt waren, unverfehrt zurückgekehrt.

Cadorna.

Im Höhepunkt des Weltkrieges.

Von Richard Gädle.

Berlin, 20. Oktober.

Das meiste Interesse nehmen nach wie vor die Ereignisse in Serbien in Anspruch. Ob dort nun gerade die Entscheidung des Krieges fallen wird, läßt sich natürlich jetzt noch nicht beurteilen, aber eine starke Kraftprobe zwischen den beiden Mächtegruppen wird es in jedem Falle werden. Wir werden mit einer gewissen Spannung beobachten dürfen, wie sich dort der Bierverband aus einer Lage herausziehen wird, die offenbar für ihn ungünstig und für uns günstig zu sein scheint. Am 5. Oktober sind die ersten Abteilungen von Franzosen und Engländern in Saloniki gelandet; mit einem Heere von 300 000 Mann, ja von 400 000 bis 500 000 Mann wurde der bulgarischen Regierung gedroht; man forderte in französischen und englischen Zeitungen selbst noch größere Massen. Soweit man aber den bis zum 19. Oktober vorliegenden Nachrichten trauen darf, waren an diesem Tage noch nicht mehr als 40 000 Mann gelandet. Es ist sehr angelegentlich, ob diese kleine Truppenmacht schon ihren Vormarsch nach Serbien angetreten hat. Natürlich würde sie nicht mehr als einen Tropfen auf einem heißen Stein bedeuten, und kaum imstande sein, die wichtige Bahn Saloniki-Uskub-Nisch gegen die Angriffe der Bulgaren zu sichern.

Das Zögern der Gegner scheint darauf zurückzuführen zu sein, daß sie nicht fähig sind, die erforderliche Truppenmacht herbeizuschaffen, wenn sie nicht die Dardanellenunternehmung aufgeben wollen. Dagegen aber scheuen sie sich aus moralischen Gründen ihres politischen Ansehens. Der Almarich aus der Dardanelles-Galipoli würde in der ganzen mohammedanischen Welt ein außerordentliches Aufsehen erregen und bis nach Indien hinein sich fühlbar machen. Es kommt aber ein sehr wichtiger militärischer Grund hinzu. In dem gleichen Maße, in dem die französischen und englischen Truppen ihre räumlichen Vorräte einziehen und auf Transportschiffe verladen werden, auch türkische Truppen, die jetzt dort gesammelt sind, für andere Aufgaben verfügbar. Der Bierverband stellt also vor sehr weittragenden Entschlüssen, und seine Lage im Südosten wird um so bedrohlicher, als von Rußland und Italien keine wesentliche Unterstützung zu erwarten ist. Das erste kann nicht, solange Rumänien nicht auf seine Seite tritt; Italien aber will nicht, und hat wahrscheinlich Gründe dazu, die der Gang des Krieges an der österreichischen Grenze durchaus begünstigt macht.

Inzwischen also haben die Heere der beiden Mittelmächte und Bulgariens es nur mit den Serben allein zu tun; und so gestaltet sich die Lage für diese durchaus ungünstig. Natürlich darf man keine Hoffnungen nicht zu weit spannen und nicht glauben, daß Serbien in 14 Tagen überrannt sein wird, denn der Widerstand seiner Truppen ist offenbar ein sehr tapferer und sogar erbitterter; man darf auch die Kräfte nicht unterschätzen, die unseren Armeen entgegengetreten. Es scheint, als ob das ganze Volk oder wenigstens beträchtliche Teile außerhalb der regulären Streitkräfte sich an dem Kampfe beteiligen. Am dem Ende kann das nichts ändern; aber es macht den Krieg erbitterter.

Nach unseren amtlichen Nachrichten sind die Hauptkräfte der verbündeten Streitmacht von Norden her über Donau und Save in das Land eingedrungen, die Armeen Korbezy und die Deutschen Truppen Madensens zu beiden Seiten von Belgrad, die Armeen Gallowitz weiter östlich. Andere Teile sind auch über die Drina von Vodenica aus vorgegangen; sie haben besonders harter Kämpfe in der Waschawa, dem fruchtbarsten und nasser Land südlich der Save zu bestehen gehabt. Die Natur dieses Raumes, durch den überwiegend schmale, auf Dämmen verlaufende Wege gehen, gestaltet den Kampf hier besonders schwierig. Aber auch von der Donau steigen die wegarischen Heere sofort steil an und erheben sich nach Süden hin zu immer schrofferem Vergelände. Das macht das Vordringen für unsere operativen Truppen besonders schwierig. Am 9. Oktober war Belgrad genommen, am 17. abends befanden sich unsere Vortruppen in der Linie Gostow Grob-Brain-Docevac. 18-20 Kilometer südlich Belgrads, bzw. südlich der Donau. Das darf, wie gesagt, nicht Wunder nehmen. Wenn man hinter sich einen Abchnitt hat, wie die breite, tiefe und mächtig strömende Donau, dann muß man nach dem Uebergang sich Brückenköpfe schaffen und die Verbindung mit der Heimat in jeder Weise sichern, ehe man den allgemeinen Vormarsch in Feindesland antritt.

Während die deutsch-österreichischen Heere von Norden und Nordwesten in Serbien eindringen, kommen ihnen die bulgarischen vom Osten und Südosten entgegen. Soweit man aus den hierher gelangten Nachrichten sehen kann, sind drei bulgarische Armeen gegen Serbien eingestiegen. Die erste Armee geht gegen das Timok-Tal und die dort von Nisch zur Donau führende Bahn vor, über die Serbien bisher reichliches Kriegsmaterial von Rußland bezog. Die zweite Armee geht mit dem rechten Flügel im oberen Morava-Tal gegen Piro, mit dem linken Flügel auf Eski Balanta vor, um das im zweiten Balkankriege so heftig gekämpft wurde. Eine dritte Armee endlich scheint hart nördlich der griechischen Grenze im Strunizza-Tale gegen die Bahn Saloniki-Neßlib vorzugehen. An allen Orten ist es bereits zu Kämpfen mit serbischen Truppen gekommen, die also überall ihre Grenze unmittelbar zu verteidigen bestrahlt sind.

Ohne sehr starke Hilfe von außen haben die Serben keine Aussicht, ihr unermessliches Schicksal wenden zu können, und sie sind sich darüber ohne Zweifel auch klar. Ihr Rückzug scheint auf die Linie Nitrowiza-Neßlib geplant zu sein, soweit man nach der Verlegung des Regierungssitzes schließen darf.

Aus der jetzt bekannt gewordenen Zahl der Divisionen, mit der die Franzosen und Engländer gegen unsere Stellungen in der Champagne und im Artois angeraumt sind, geht die ungeheure Macht und die Entschlossenheit hervor, mit der sie diesmal das Kriegsglück zu erzwingen und unsere Heere aus Frankreich hinaus zu werfen suchen. Danach allein und nicht nach ihren einzelnen Erfolgen muß man das Gesamtergebnis ihrer großen Offensive beurteilen. Joffre hat im Artois 31, in der Champagne 35 Divisionen eingesetzt und hat zur Ausnutzung des Erfolges noch 12 Infanterie- und 15 Kavallerie-Divisionen bereitgestellt. Er selbst nennt das drei Viertel der französischen Streitmacht, die also auf nicht höher als 105 bis 110 Divisionen zu veranschlagen wäre. Nun wird man ja seinen Hinweis auf die gewaltige Truppenmenge in einschneidendem Sinne auslegen müssen; die 66 in erster Linie zur Verfügung stehenden Divisionen (von 1,8 Millionen Köpfe) werden wohl nicht nur in den unmittelbar zum Hauptangriff bestimmten Abschnitten, sondern auch in den rechts und links unmittelbar anschließenden Nachbarabschnitten bestanden haben. Sont wären in der Champagne z. B. auf einen Raum von 25 Kilometer 35 Divisionen vorgegangen, d. h. jede Division hätte nur eine Frontbreite von 700 Meter zur Entwicklung gehabt. Da hätten sich die Armeen mehr gebündelt als genügt.

In jedem Falle aber ergibt sich daraus, gegen welche Uebermacht unsere Truppen anfänglich zu ringen hatten; nur ihrer unvergleichlichen Ausdauer ist es zu danken, wenn der mehrfach überlegene Feind keine besseren Erfolge davongetragen hat.

Welche gigantischen Ausdehnungen die Schlacht gewonnen hat, geht auch aus der Zahl der Geschütze hervor, die zur Unterstützung des Angriffes in Stellung gebracht waren. Wie eine Winderbraut sollte der Hagel der Geschütze über unsere Reihen hereinbrechen und wie ein Widder sollten die stürmenden Massen sie niedertampeln. Wir brauchen darum gar nicht mehr zu übertreiben, um die heldenhafte Widerstandskraft unserer Truppen in das rechte Licht zu setzen. Man hat von 50 Millionen Geschossen gesprochen, die in der Champagne allein in den drei Tagen vom 23. bis zum 25. September von den Franzosen gegen unsere Schützengräben geschleudert worden seien. Das ist natürlich eine Fabel. Nach der — abgerundeten — von Joffre genannten Zahl von 6000 Geschützen kamen im Durchschnitt auf jede Division 12 Feldbatterien und 9 schwere Batterien, oder im ganzen 2040 Geschütze. Danach hätte jedes Geschütz durchschnittlich 17 000 Schuß in drei Tagen verfehrt — selbst völlig neue,

ungebrauchte Feldgeschütze hätten das nicht annähernd ausgehalten, auch nicht annähernd verschleßen können, von den ganz schweren Geschützen gar nicht zu reden. Wer von den kalibrtätigen Beobachtern auf unserer Seite sollte die Zahl der einschlagenden Geschütze auch nur oberflächlich haben einschätzen können? Man sieht aus dieser Zahl nur das eine, wie fürchterlich der Eindruck des französischen Feuers gewesen sein muß! Beiläufig würde eine Zahl von 50 Millionen Geschossen einen Wert von etwa einer Milliarde Mark repräsentieren (in Anbetracht der vielen Geschütze aus schweren Geschützen). — Die Hälfte des in Amerika jüngst aufgenommenen Pumps wäre dann in den drei Anfangstagen der Champagne-Schlacht bereits verpulvert worden. Aber Wahrheitsliebe nach wird in Wirklichkeit noch nicht der sechste Teil der angegebenen Zahl verschossen worden sein, wenn man — je höher — auf jedes Feldgeschütz tausend Schuß für jeden Tag und auf die Festungsgeschütze weniger rechnet. Auch das ist ja immerhin eine Handvoll und ergibt immer noch einen Wert von 150 bis 200 Millionen Mark. Dazu käme dann noch die im Artois beschossene Munition.

Wir sehen, daß auch das Material und des Geldes wegen solche Schlachten wie die in der Champagne nicht allzu oft wiederholt und nicht allzu lange ausgehoben werden können. Man muß schon monatlang für sie sammeln und sparen. Glücklicherweise!

Der französische Tagesbericht.

Paris, 20. Oktober. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von heute nachmittag: Im Laufe der Nacht sein größeres Geschütz. Im Abschnitt von Nivens legte unsere Artillerie auf die deutschen Schützengräben Vergeltungsfeuer, welches Maschinen-gewehre und Schützengrabensampferwerkzeuge, welche auf unsere Linien feuerten, zum Schweigen brachte. In der Champagne, in der Nähe des Lathurehügels, zwischen Maas und Mosel nördlich von Filtrey bombardierte der Feind unsere Stellungen. Wir antworteten kräftig.

Paris, 21. Oktober. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Im Laufe des Tages besonders heftige Artilleriekämpfe nördlich von Arras im Abschnitt von Loos, im Walde von Sivensch und längs der Straße nach Lille. Konzentrisches Feuer unserer Batterien sprengte große Munitionslager in den feindlichen Stellungen nördlich der Aisne und nördlich von der Kobarin-form in die Luft. Die Deutschen beschossen abermals unsere Front östlich von Reims zwischen dem Hügel (?) und Brunay mit Granaten aller Kaliber und Stützgeschossen sehr heftig. Unsere Geschütze erwiderten kräftig. Von der übrigen Front nichts zu melden.

Die Krise im englischen Kabinett.

London, 21. Oktober. (W. Z. V.) Meldung des Ministerischen Bureau. Sir Edward Carson gab im Unterhause Auskünfte über die Ursachen seines Rücktritts. Er sagte, daß im Kabinett ebensowenig wie im Hause oder im ganzen Lande jemals Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden hätten, daß der Krieg um jeden Preis bis zum entscheidenden Ende weitergeführt werden müsse. Auch die Wege, die auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen einzuschlagen wären, um den Krieg zu einem günstigen Ende zu bringen, seien keineswegs Gegenstand einer Meinungsverschiedenheit gewesen. Er sehe sehr wohl ein, welche Schwierigkeiten für England dadurch entstünden, daß die Kriegführung stets in Uebereinstimmung mit den Bundesgenossen bleiben und zuweilen auch den Auffassungen befreundeter neutraler Länder Rechnung tragen müsse. Die neue Lage auf dem Balkan mache seiner Meinung nach ein wohlüberdachtes, genau vorgezeichnetes und taftkräftiges Auftreten der englischen Regierung nötig, und da er sich mit den vom Kabinett beschlossenen Maßregeln in keiner Hinsicht habe einverstanden erklären können, sei er der Ansicht gewesen, daß sein Verbleiben im Kabinett in dieser Zeit, da große Kraft und Festigkeit gebraucht würden, das Kabinett nur hätte schwächen können.

Die Luftangriffe im Unterhause.

London, 20. Oktober. (W. Z. V.) Unterhaus. Bryce fragte, ob bei den Luftangriffen künftig alle Lichter der Themsebrücken ausgeblüht und der Tramdienst entlang der Themseufer entweder eingestellt oder die Lichter der Wagen gelöscht werden würden. Unterstaatssekretär Bryce antwortete, die geltenden Vorschriften seien auf Veranlassung der Admiraltät erlassen worden. Sie würden abgeändert werden, wenn neue Erfahrungen eine Verbesserung möglich machten. Bryce sagte ferner, daß die Vorschriften über das Herauflassen der Fenstervorhänge der Eisenbahnwagen verschärft werden sollten. Bryce fragte den Vertreter des Kriegsamt, ob die im Dienste befindlichen Flugzeuge, deren Aufgabe die Bekämpfung Londons war, am 18. Oktober, abends 6 Uhr, kurz vor dem Luftangriff außer Dienst gestellt wurden und ob andere Flugzeuge Befehl erhielten, ihre Ställe einzunehmen, ferner ob bei der Ankunft der Zeppeline sich Flugzeuge auf Wacht befanden und wieviele es waren. Tennant lehnte die Beantwortung ab, die an die Admiraltät gerichtet werden müsse. Die unter militärischem Befehl stehenden Flugzeuge seien am 18. Oktober, 6 Uhr abends, nicht vom Dienst entlassen worden. Als die Zeppeline sich über England befanden, seien fünf Militärflugzeuge aufgestiegen, drei von ihnen gleichzeitig. Bryce fragte, wieviele über London gewesen seien. Tennant erwiderte: ich glaube drei.

In Beantwortung einer Frage, ob das Kabinett Re-pressalien gegen die Luftangriffe plane, antwortete Parlamentssekretär Tennant, die Frage der Re-pressalien bilde den Gegenstand von Beratungen. Das königliche Fliegerkorps sei eine militärische Einrichtung und werde zu militärischen Unternehmungen verwendet. Die verabschiedeten Angriffe des Feindes auf unverteidigte Städte und wehrlose Bürger sollten nicht dazu führen, die Tätigkeit dieser Waffe von den eigentlichen militärischen Pflichten abzulernen. Tennant teilte weiter mit, der Offizier, der in der Suviabat den Oberbefehl hatte, sei seines Kommandos entbunden worden.

Die Stimmung in der englischen Arbeiterschaft.

Zur Beurteilung der Stimmung in der englischen Arbeiterschaft ist es nicht ohne Interesse, daß die Auflage des „Labour Leader“, des Organs der kriegsgegnertlichen unabhängigen Arbeiterpartei, in den letzten zwölf Monaten um 18 000 Exemplare gestiegen ist. Die „Justice“, das Blatt der im großen und ganzen weniger oppositionell gerichteten British Socialist Party, befindet sich dagegen wieder einmal in schweren Geldnöten, und dasselbe wird glaubhaft vom „Clarion“ bestätigt, in dem Rob. Blackford — nicht erst seit Beginn des Krieges — Sozialismus und deutschfreierischen Nationalismus in einer höheren Einheit zu verbinden sucht. Nicht minder bezeichnend sind die Szenen, die sich auf der Trauerfeier für Keir Hardie in Glasgow abspielten. Als Rob. Smillie, der Führer der Vergarbeiter, der durchaus auf dem Standpunkt der unabhängigen Arbeiterpartei steht, davon sprach, daß alle Kriege kapitalistische Kriege seien, wollte der Weisfall der Arbeiterverammlung sein Ende nehmen. Aber er wuchs zum Jubel, als Ramsay MacDonald das Wort ergriff. Die fünfstaundelöpfige Menge erhob sich von den Plätzen. Man winkte mit den Taschentüchern und brachte dem Redner eine Ovation, wie

Die letzten einem Arbeiterführer zuteil geworden ist. Das war der Bruch der Proletarier an den Mann, in dem sie Sir Gardies Nachfolger erblickten, und das war zugleich der Ausdruck der Sympathie für den Vorkämpfer, den die Norddeutsche Presse als Prodeutschen beschimpft, weil er es gewagt hat, seiner internationalen Überzeugung auch während des Krieges treu zu bleiben.

Englische Verluste und Rekrutierung.

London, 20. Oktober. (W. L. B.) Der politische Korrespondent der „Daily Mail“ stellt fest, daß die amtliche Verlustziffer des Dardanellengebietes mit 96 899 Mann die Erkrankten nicht enthalte.

Amsterdam, 21. Oktober. (W. L. B.) Wie der „Nieuwe Courant“ aus London meldet, wurden in der City gestern gemäß Lord Derby's Rekrutierungsplan die unehelichen Männer aufgerufen. Sie können erst 14 Tage nachdem sie den Aufruf erhalten haben, zum Militärdienst eingezogen werden. Die, welche in den Listen eingetragen sind, aber nicht sofort benötigt werden, erhalten 3 Schilling täglich.

Eine Friedensliga englischer Frauen.

Vor kurzem ist in London eine britische Sektion der internationalen Frauenliga für dauernden Frieden gegründet worden. Die Liga will das auf dem Haager Frauenfriedenskongreß im April begonnene Werk fortführen, und die britische Sektion hat die Aufgabe übernommen, vor allem in England Verständnis für die Ziele der Liga zu erwecken und die Erziehung von britischen Delegierten zu dem Frauenkongreß vorzubereiten, der in derselben Zeit stattfinden soll, wenn einmal die Mächte zur Formulierung der Friedensbedingungen zusammenzutreten werden. Die Frauen verlangen nicht einen unehrenhaften Frieden, sondern einen, der auf den Prinzipien der Gerechtigkeit und Menschlichkeit aufgebaut ist.

Die Grundlagen des Friedens, wie ihn die Frauenliga erstrebt, sind folgende:

1. Die Errichtung des Prinzips des Rechts statt der Macht, und des Zusammenwirkens bei Konflikten in nationalen und internationalen Angelegenheiten; 2. die Emanzipation der Frauen und der Schutz ihrer Interessen, einschließlich a) ihre Zulassung zum parlamentarischen Wahlrecht; b) ihre Zulassung zu nationalen und internationalen Räten (councils); c) die Errichtung ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit und geschlichen Freiheit. Bezüglich Punkt 1 erklärte die Gründungskonferenz ihre Zustimmung zu folgenden Prinzipien: a) Die Stärkung der Demokratie der Welt durch Einbeziehung der Frauen in die Reihen des gleichen Bürgerrechts; b) die Erziehung der Demokratie in der Verantwortlichkeit für internationale Beziehungen und die Schaffung oder Entwicklung der konstitutionellen Einrichtungen, vermöge deren sie Kontrolle über die auswärtige Politik durch ihre parlamentarischen Vertreter ausüben können; c) der Schutz der Rechte und Interessen der Kinder und Jugendlichen und ihre Erziehung in dem Ideal des nationalen und internationalen Zusammenwirkens; d) die Anerkennung des Rechts von Männern und Frauen, die Regierung ihres Landes zu bestimmen und die Verneinung des Rechts der Annexionierung durch Eroberung; e) die Aufgabe der Theorie vom Gleichgewicht der Mächte, die Verweisung internationaler Streitigkeiten vor Schiedsgerichte oder Versöhnungsinstanzen, und die Schaffung der internationalen Einrichtungen, die für diese Zwecke nötig sind, einschließlich einer ständigen Adressaturschicht für internationale Recht; f) internationale Übereinstimmung, soziale und ökonomische Progression auf ein Land auszubauen, das zu den Waffen greift, anstatt seine Sache dem Schiedsgericht oder der Versöhnungsinstanz zu unterbreiten; g) die Ausschaltung privaten Profits in der Herstellung und dem Handel mit Kriegswaffen und Munition als ein Schritt zur allgemeinen Abrüstung; h) die Förderung der Handelsfreiheit und Öffnung der Handelsstraßen für alle Nationen zu gleichen Bedingungen; i) darauf bestehen, daß Investitionen, die ihr Kapital im Ausland anlegen, das auf eigene Gefahr tun ohne Rücksicht auf offizielle Versicherung ihres Eigentums durch die eigene Regierung.

Das Exekutivkomitee der britischen Sektion wird von Frauen gebildet, deren Namen sowohl in der Frauenbewegung wie in der Arbeiterbewegung einen guten Klang haben. Unter anderem gehören ihm an: Mrs. Margaret Bondfield, Mrs. Swannell, Mrs. Maynard, Mrs. Marshall, Mrs. J. O. Ford, Dr. Ethel Williams, Mrs. Margaret Ashton, Mrs. Warriman, Mrs. Potchie Lawrence, Mrs. Peaf, Mrs. Bruce Glasser, Mrs. Philip Snowden und Mrs. Despard.

Kriegssteuern in Italien.

Rom, 21. Oktober. (W. L. B.) Meldung der Agenzia Stefani. Ein königliches Dekret legt folgende Steuern für die Dauer des Krieges fest: 1. Für diejenigen, die keinen militärischen Dienst tun. 2. Auf Einkommen der Verwaltungsratsmitglieder von Aktiengesellschaften. 3. Umgestaltung der Steuern und Gebühren für Stempel, Aktien, Wechsel, Wechsel, Handelsbücher, Ausfertigungen, Hypothekentaxen, Taxen für Bewilligungen für das Tragen von Revolvern, Taxen für die von der Regierung erteilten Konzessionen, Taxen auf Kinobiletts. 4. Umgestaltung der Akzisensteuern. 5. Post- und Telegraphentaxen, insbesondere für Telephonabonnements und postlagernde Sendungen im Innern des Königreiches. Die Mütter schätzen das Ergebnis der neuen finanziellen Maßnahmen für das Jahr auf 60 Millionen Lire.

Gegen die italienische Reaktion.

„Avanti“ teilt über die Sitzung des in Turin tagenden Vorstandes der italienischen sozialistischen Partei mit, daß dort über die Zimmerwalder Konferenz berichtet und des längeren diskutiert worden sei. Den Bericht erstattete Parteisekretär Lazzari. Er wurde ergänzt durch Genossen Morgari. Nach Schluß der Diskussion wurde eine Resolution gefaßt, welche aber von der Versammlung unterdrückt worden ist. Die Resolution drückt die Zustimmung zur Zimmerwalder Konferenz aus. Das gleiche Schicksal erreichte den Bericht über die ganze Dienstauchmittagsitzung. Dem „Secolo“ wird darüber telegraphiert: In einer Sitzung der Leitung der italienischen sozialistischen Partei nahmen die Direktionsmitglieder einstimmig eine Tagesordnung an, in welcher die politische Haltung der Regierung, da sie jeder Wahrung der Gedanken-, Handlungs- und Versammlungsfreiheit entgegensteht, getadelt wird.

Die „Stampa“ bringt einen ausführlichen Bericht über die von der Leitung der italienischen sozialistischen Partei gefaßten Beschlüsse. Durch die Tagesordnung bezüglich der inneren Politik wird die sozialistische Gruppe der Kammer eingeladen, in der Kammer gegen die Benur, gegen die Internierung italienischer Staatsangehöriger, gegen den Krieg, gegen die wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeiter, gegen die fiskalischen Maßnahmen und schließlich gegen die Nichtberufung der Kammer zu protestieren.

Russische Stimmungen.

Die Pariser „Rasche Slowo“ veröffentlicht einen Bericht ihres skandinavischen Korrespondenten, der das Urteil eines aus Petersburg nach der Schweiz reisenden russischen Parteigenossen über die jetzige Lage Rußlands wiedergibt. Obwohl dieser Bericht sich auf die Zeit vor der Vertagung der Duma bezieht, hat er auch jetzt aktuelles Interesse. Wir bringen deshalb einen Auszug aus dem Bericht, soweit er einen rein informativ Charakter trägt.

„Die jetzige Lage — heißt es in dem Bericht — die Krise, die der russische Staat jetzt durchlebt, die Niederlagen und die Invasion der deutschen Truppen überzeugen alle von der völligen Untauglichkeit der russischen Bureaucratie. Das Streben nach Befreiung von dem deutschen Einfluß prägt sich am deutlichsten in den Kreisen der großen Industrie aus. Deshalb spielen diese Kreise eine führende Rolle im Kampfe gegen die Bureaucratie und Deutschland. Sie wollen von einem Frieden mit Deutschland und einer Ausöhnung mit der Bureaucratie nichts hören. Ihre Parole ist: eine neue Regierung nicht aus den Reihen der Bureaucratie, sondern aus der „Gesellschaft“. Sie werden sich sogar mit einer mehr oder weniger liberalen Bureaucratie an der Spitze der Regierung nicht zufrieden geben. Die Kandidatur Kriwošchein oder Kozowzew ist deshalb hoffnungslos. Die Großindustriellen wünschen eine Regierung nur aus ihren eigenen Reihen. Am wahrscheinlichsten ist deshalb eine Regierung aus den Reihen der Diktatoren. Man nennt diese Namen, aber man kann noch nicht sagen, wer zum Ministerpräsidenten ernannt werden wird. Mögliche sind Gutschkow oder Rodzjanko, Wwow oder Tschelnofow.

Jeder politisch Denkende in Rußland, ausgenommen die Bureaucratie, ist für die Fortsetzung des Krieges. Jeder politisch Denkende stellt sich klar vor, daß eine entscheidende Niederlage im Kampfe den wirtschaftlichen Einfluß der Deutschen im Lande verstärken, die Macht der reaktionären Bureaucratie festigen und die jetzt beginnende freiheitliche Entwicklung hemmen würde. Die angestrebte neue Regierung wird eine Regierung der nationalen Verteidigung sein.

Bisher hat weder die zentrale Parteileitung noch die Dumafraktion die Stellung geändert, die sie seit den ersten Kriegstagen eingenommen haben. Wir sind Internationalisten, erklären sie, wir wollen von keinem Nationalismus etwas wissen. Wir wollen Frieden um jeden Preis.

In der letzten Zeit jedoch beginnen die Anschauungen sich zu wandeln. Die Stimmung in Rußland ist infolge der Niederlagen gedrückt, und die Sozialdemokraten können die Augen vor dem Unglück nicht verschließen, das mit einem Sieg Deutschlands verknüpft ist. Deshalb werden in sozialdemokratischen Kreisen Sympathien nach für die Parole der „nationalen Verteidigung“, freilich nur unter bestimmten Bedingungen, bei Einführung von Reformen. Vorläufig läßt man die Dinge sich entwickeln, alles ist im Fluß und alle warten, was sich aus den Dingen entwickeln wird. Wir wollen vorläufig die Gesellschaft nicht zwingen, sich unsere Wünsche zu eigen zu machen; die Ereignisse arbeiten und selber in die Hände. Etwas zu tun wird unmöglich sein, bis ein oktobristisches Ministerium eingesetzt und die wichtigsten Forderungen des Volkes auf dem Gebiete der Freiheit und der Selbstverwaltung verwirklicht sind. In dem Augenblick aber, wo die Freiheit der Versammlungen, der Rede und der Presse eingeführt werden, wird unser Einfluß sofort bemerkbar werden.

Die Frage, welche Taktik die Sozialdemokratie unter der neuen Regierung nach Einführung von Reformen befolgen, und insbesondere welche Stellung sie in der Frage der Kreditbewilligung einnehmen würde, ließ der Genosse unbeantwortet. „Eines aber — erklärte er — kann ich mit Sicherheit sagen: Die Fraktion wird unmittelbar gegen den Krieg nicht kämpfen. Von hier ist es aber weit bis zur positiven Arbeit und der Teilnahme an der nationalen Verteidigung.“

Niederlagen und Reformen.

Manchester, 21. Oktober. (W. L. B.) Der „Manchester Guardian“ schreibt in seinem Leitartikel: In Moskau den Belagerungsstand erklären, heißt ausdrücklich ankündigen, daß die russische Regierung entschlossen ist, jede politische Reform abzulehnen und die Reformbewegung entgegen zu unterdrücken. Der Zeitpunkt ist für diese Maßregel besonders ungünstig gewählt. Solange der deutsche Vormarsch kräftig vor sich ging, hörte die russische Regierung aufmerksam auf die Duma. Sie wurde aber taub, als Deutschland von Rußland abließ, und eine Divergenz nach dem Osten unternahm. Man läßt während des Krieges nicht gern Kritik an einer verbündeten Regierung, aber die härtesten Kritiker der russischen Regierung befinden sich in Rußland selbst, und alle Parteien zeigen eine beispiellose Einigkeit in dieser Kritik.

Stockholm, 21. Oktober. (Z. U.) Die Vertreter der Dumafraktionen haben im Lauritschen Palast unter Medjankos Vorsitz die wöchentlichen Zusammenkünfte wieder aufgenommen, die schon im Juli dort stattgefunden haben. Die vom Kongreß der Semstwo und Stadt Moskau bestimmten sechs Vertreter, die dem Garen die Entschädigung des Kongresses mitteilen sollten, haben keine Kurlenz erhalten können.

Eine Frauendemonstration und ihre Folgen.

Zehntausende sozialistische Frauen hatten vor einiger Zeit eine Petition für die Vornahme von De Weis und anderer Führer des Aufstandes unterzeichnet. Zweihunderttausend Frauen brachten sie in einem Aufzuge zum Generalgouverneur. Eine der Teilnehmerinnen an der Kundgebung, die Lehrerin an der höheren Mädchenschule in Victoria, Frau Sospjeter, ist nun entlassen worden. Afrika, du hast es nicht besser...

Politische Uebersicht.

Wirtschaftskrieg auch nach dem Kriege?

Selbst in Parteikreisen ist vielfach die Behauptung vertreten worden, daß auch nach dem Kriege der Wirtschaftskampf gegen die Zentralmächte fortgesetzt werde. In bürgerlichen Kreisen hat man deshalb ein engeres zollpolitisches Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich empfohlen. Professor Dörsch tritt nun in der „Kreuz-Zeitung“ ebenfalls für eine Annäherung der beiden Zentralmächte ein, aber nur aus rein politischem Interesse zwecks gemeinsamer Orientpolitik. Die wirtschaftliche Begründung lehnt er geradezu ab:

„Dah eine solche Einigung Oesterreich-Ungarns keinen Abschluß gegen Deutschland bedeuten dürfte, sondern die Bahn zu engerer Annäherung freihalten müsse, darüber sind die Presseüberzeugungen, die uns zu Gesicht gekommen sind, durchaus einig. Wir möchten das für gar nicht einmal so viel Wert auf die Voraussage legen, daß unsere Gegner auch nach dem Kriege und geschlossen gegenüberstehen werden. Daran glauben wir nicht recht, weder bei Frankreich noch bei Rußland und am allerwenigsten bei England. Daß dieses seine Verbündeten zwingen werde, ohne seine Zustimmung keine Handelsverträge abzuschließen, halten wir schon deshalb für nicht wahrscheinlich, weil das Interesse Englands nach dem Kriege gar nicht in dieser Richtung geht.“

Dieses Urteil ist äußerst interessant. Es enthält eine Kritik der viel verbreiteten Furcht vor England für die Zeit nach dem Kriege.

Die Erörterung der Friedensbedingungen.

Die „Kreuz-Zeitung“ hält den Vorschlag des konferenzfähigen Abgeordneten v. Brockhausen, für systematische Vorbereitung des Friedenswertes einen „Reichsrat“ zu schaffen, für so wertvoll, daß sie einen ganzen Leitartikel mit einer Polemik gegen „Anfeindungen“ dieses Planes anfüllt. Wir haben bereits betont, daß uns als beste Vorbereitung die völlige Freigabe der Kriegziel-erörterungen erscheint. Wir können daher nur einem Satz aus den Darlegungen der „Kreuz-Zeitung“ zustimmen; er lautet:

„Ein Frieden, der für die Geschicke des deutschen Volkes auf Jahrhunderte hinaus von Bedeutung sein wird, ist allerdings eine so gewichtige Sache, daß sie gar nicht gründlich genug vorbereitet werden kann.“

Auch die „Kreuz-Zeitung“ wird doch nicht leugnen können, daß die öffentliche Erörterung unter Teilnahme aller Kreise, die jetzt die Opfer des Krieges bringen, die gründlichste Vorbereitung verbürgen würde. Zum Beispiel versprechen wir uns von den Kriegziel-Forderungen der „Kreuz-Zeitung“ oder der „Deutschen Tageszeitung“ eine gründliche Beleuchtung und angeregte Diskussion der ganzen Frage und wir bedauern es seit langem, infolge der bestehenden Hemmnisse selbst nicht mehr auf die dringenden Anforderungen des Kriegsziele in jenen Blättern eingehen zu dürfen.

Bewährte Einrichtungen.

Die sozialdemokratische Fraktion im bayerischen Landtag hat ihr Vorgehen gegen den bekannten Revers, durch den sich die Eisenbahner zur Fernhaltung von Streiks verpflichten müssen, damit begründet, daß der Revers die Arbeiterpolitik entrechtet. Das nehmen die „Westfälischen Politischen Nachrichten“, ein Organ der westlichen Industrioliberalen, zum Anlaß für folgende Bemerkungen:

„Die angebliche „politische Entrechtung“ hat die deutschen Eisenbahner nicht verhindert, patriotisch zu fühlen und im vaterländischen Sinne zu handeln. Was unter der Führung der verantwortlichen Leiter der deutschen Staatsbahnbetriebe die Arbeiter und Angestellten dieser Betriebe seit Beginn des Krieges geleistet, was sie für den schnellen Aufmarsch unserer Heere und die Kampf- und Schlagbereitschaft unserer gesamten Wehrmacht, was sie für unsere wirtschaftliche Kriegsarbeit in rastloser freudigster Pflichterfüllung getan haben, das ist etwas so Unerreichtes und Unvergleichliches, daß darüber hinaus ein Erhöheres auch durch Befreiung der angeblichen politischen Entrechtung nicht erzielt werden könnte. Man wird vielmehr sagen müssen: gerade der strengen Schulung und Ordnung, auf die die verantwortlichen Leiter der deutschen Staatsbahnbetriebe, auch mit Hilfe des Streikverbots, pflichtgemäß unablässig gehalten haben, haben wir die einzig dastehenden, in der ganzen Welt aufs höchste anerkannten, ja rückhaltlos bewundernden Kriegseinstellungen der deutschen Eisenbahner zu verdanken. Wenn eine Friedensmaßnahme im Kriege die Probe ihrer Brauchbarkeit und Notwendigkeit glänzend bestanden hat, so die Bestimmung, daß Angestellte und Arbeiter der Staatsbahnen an Streikbewegungen nicht teilnehmen dürfen; deshalb wird grundsätzlich, mag auch die äußere Form der Bürgerschaft gegen die Streikfurcht im Staatsbahnbetrieb sich wandeln, an dieser unerlässlichen Bestimmung festzuhalten sein.“

Diese Verteidigung des Streikverbots, der u. a. die „Kreuzzeitung“ ihre Zustimmung gibt, verdient deshalb ganz besondere Beachtung, weil sie sich mit geringfügigen Neuierungen zwanglos auf alle Einrichtungen anwenden läßt, die vor dem Kriege von der Sozialdemokratie bekämpft worden sind. Besonders das preussische Wahlrecht läßt sich auf dieselbe Art rechtfertigen: es hat die Arbeiter nicht gehindert, auf dem Schlachtfeld Großes zu leisten, vielleicht sind ihre Leistungen nur damit zu erklären, daß sie im Frieden an die Unterordnung gewöhnt wurden. Folglich darf an einer so bewährten Institution nicht gerüttelt werden.

Die Angst vor dem Sozialismus.

Die Frage, wie die wirtschaftlichen Kriegsmassnahmen zu bewerten sind, wird bekanntlich verschieden beantwortet. Während die einen darin eine Art „Kriegssozialismus“ sehen, betrachten die anderen sie bloß als vorübergehende Notstandsmaßnahmen, die nach dem Kriege wieder verschwinden werden. Zu diesen letzteren gehört auch Viefmann, der nicht glaubt, daß sich nach dem Kriege die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kämpfe anders als vor dem Kriege abspielen werden. Er sieht (in seiner Broschüre: „Bringt uns der Krieg dem Sozialismus näher?“) in den Kriegsmassnahmen nichts Besonderes, was schon nicht auch vorher vorgekommen sei. Selbst die Verteilung des Brotkornes bedeutet nur die Durchführung einer in jeder belagerten Festung praktizierten Maßnahme auf viel bedeutenderer Grundlage. Sie läßt den Wirtschaftsorganismus unberührt und verfolgt einen ganz vorübergehenden Zweck. Er meint sogar: „Wir haben gar keine Veranlassung, auf ihre Durchführung besonders stolz zu sein.“

Während wir aber von dieser Beurteilung aus bessere und durchgreifende Maßnahmen forderten, schließt Viefmann umgekehrt: „Bringt uns der Krieg dem Sozialismus näher, so ist er für uns verloren, wie er auch ausgehen möge, so haben wir mindestens seine Opfer vergeblich gebracht, ist er als Wirtschaftskrieg für unsere Gegner gewonnen.“ Er warnt dringlich vor staatssozialistischen Experimenten, die er gerne Frankreich überlassen möchte. Daraus spricht nur die Furcht vor der Aufgabe imperialistischer Ziele und die Furcht vor dem Sozialismus.

Die Wahlen in Südafrika.

Kapstadt, 21. Oktober. (W. L. B.) Meldung des Neuterlichen Bureaus. Die Wahlbeteiligung im ganzen Lande war lebhaft. Am Winternacht waren 30 Unionisten, 14 Mitglieder der südafrikanischen Partei, 4 Mitglieder der Arbeiterpartei und ein Nationalist gewählt. Potchefstroom, wo der Zustand ausgebeutet wurde, wählte mit einer 60 prozentigen Mehrheit den Kandidaten der Voortreiterpartei gegen das Mitglied der Arbeiterpartei Greshell.

General Smith ist in Pretoria-West gewählt worden. Der nationalsozialistische Kandidat und der der Arbeiterpartei unterlagen.

Letzte Nachrichten.

Keine italienischen Truppen für Serbien.

Lyon, 21. Oktober. (W. L. B.) „Nouvelles“ meldet aus Rom, daß der Ministerat die Entsendung eines Expeditionskorps nach Mazedonien nicht bewilligt hat.

Serunglückte Flieger.

Paris, 21. Oktober. (W. L. B.) Die beiden französischen Adressaten Gourcier und Gomez, die als Militärflieger tätig waren, haben vorgestern bei einem Flugzeugunfall den Tod gefunden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Um die Teuerungszulage in der Hutindustrie.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Hut- und Filzwarenarbeiter und -Arbeiterinnen hatte unter dem 23. September dem Verband der Berliner Damenhutfabrikanten in Anbetracht der beginnenden Strohhutzeit die Forderung der Arbeiter und Arbeiterinnen auf Teuerungszulage unterbreitet. Es hieß in dem Schreiben u. a., daß auch für die Strohhutzeit die Forderung gestellt werde, an die in den Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter die in der Filzzeit gezahlten Teuerungszulagen zu den bisher gezahlten Löhnen zu zahlen. Gleichzeitig werde im Auftrage der Strohhutnäher und -Näherinnen ersucht, es bei der bisherigen Berechnung der Garnrolle zu belassen. Sollte eine höhere Berechnung des bisher üblich gewesenen Garnpreises vorgenommen werden, so müßte denn der bisher gezahlte Lohn pro Gewicht um so viel erhöht werden, als die Berechnung des Nähgarns ausmache.

Darauf ist vom Arbeitgeberverband in Ausführung der Beschlüsse einer Mitgliederversammlung der Arbeitgeber folgende Antwort ergangen:

1. Denjenigen männlichen Arbeitern (Zieher und Presser), welche auf Grund der in letzter Saison gezahlten Akkordlöhne es nicht zu einem Wochenverdienst von 36 M. bringen, soll ein Teuerungszuschlag von 10 Proz. in allen Verbandsbetrieben gewährt werden, und es wird dieser Zuschlag unterhalb der verdienten Summe in den Lohnbüchern besonders eingestellt.
2. Den Strohhutnäherinnen und -Näherinnen soll in allen Verbandsbetrieben das Garn zum gleichen Preise, wie in der letzt abgelaufenen Saison berechnet werden, und sind unsere Mitglieder in entgegenkommender Weise bereit, die erheblichen Mehrkosten von 80 Pf. pro Rolle selbst zu übernehmen.
3. Es sollen in allen Verbandsbetrieben die gleichen Löhne gezahlt werden, wie sie in der letzt abgelaufenen Saison berechnet wurden.

In demselben Schreiben führen die Arbeitgeber weiter aus, daß sie, trotz Anerkennung der Teuerung und der Notwendigkeit von gewissen Aufbesserungen, doch nicht anerkennen können, daß auch in denjenigen Fällen eine Notlage vorliege, in welchen der Verdienst den Wochenlohn von 36 M. übersteige.

Diese Antwort der Arbeitgeber unterzog M. d. e. l. in einer Mitgliederversammlung der Hut- und Filzwarenarbeiter einer Besprechung. Dabei verwies er darauf, daß schon seit geraumer Zeit ein Minimalwochenlohn von 42 M. erreicht sei. Auch höhere Wochenlöhne kämen vor. Angesichts dieser Tatsache sei es ein eigenartiges und zu mißbilligendes Anerbieten, den Teuerungszuschlag von zehn Prozent nur denjenigen männlichen Arbeitern (Zieher und Presser) geben zu wollen, welche auf Grund der in letzter Saison gezahlten Akkordlöhne es nicht zu einem Wochenverdienst von 36 M. bringen. Wenn der Fabrikantenverband in seinem Schreiben zum Schluß noch auf die höheren Verdienste der anderen verweise, zu denen er keinen Zuschlag bewilligen wolle, so müsse doch die zeitliche Beschränkung der Arbeitsgelegenheit demgegenüber hervorgehoben werden. Durchschnittlich arbeiteten die männlichen Arbeiter 26 Wochen, die weiblichen 20 Wochen im Jahre. Wo blieben da die Verdienste der anderen Wochen? Es sei deshalb ganz selbstverständlich, daß in der Zeit der wirklichen Arbeit höhere Verdienste erzielt werden müßten. Wie die Dinge liegen, könne es sich auch nur darum handeln, den festzulegenden Zuschlag für alle Arbeiter und Arbeiterinnen zu allen Löhnen und Verdiensten zu fordern.

Nach einer längeren Diskussion nahm die Versammlung eine Resolution an, in der sie sich mit einer näheren Darlegung der Gründe gegen das Anerbieten des Arbeitgeberverbandes, die Zuschläge betreffend, aussprach. In ihrem positiven Teil besagt die Entschließung der Versammlung dann weiter:

Die Versammelten verlangen daher, daß in allen Betrieben und bei allen verdienten Lohnzügen Teuerungszulagen in Höhe von 10 Prozent gewährt werden. Die Notwendigkeit, daß diese Teuerungszulage nicht nur den männlichen, sondern auch den weiblichen Arbeitern zu gewähren ist, sieht die Versammlung darin, daß die weiblichen Arbeiter unter der Teuerung ebenso leiden, wie die männlichen Arbeiter. In den Betrieben, wo bereits ein höherer prozentualer Teuerungszuschlag gewährt wird, soll er nach wie vor gezahlt werden. Ebenso darf der Minimallohn nicht unter 42 M. betragen.

Die Zahlstelle Berlin des Fabrikarbeiterverbandes hat ebenso wie der Gesamtverband durch die vielen Einberufungen zum Militär eine starke Mindereinnahme zu verzeichnen. Der letzten Generalversammlung vorgelegte Kassenbericht bilanziert in Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse in 20 414,55 M., für die Lokalkasse in 25 201,61 M. Wie im Vorjahre soll auch in diesem Jahre zu Weihnachten den Arbeiterfamilien eine Weihnachtsunterstützung gegeben werden. 1914 waren dazu 8619,70 M. erforderlich. Der Hauptvorstand hat diesmal je 6 M. für die Familien bewilligt, hierzu will die Zahlstelle Berlin einen Zuschuß von je 2 M. zahlen. Die Ortsverwaltung stellte deshalb folgenden Antrag an die Generalversammlung:

Zu den vom Hauptvorstand ausgeworfenen 6 M. leistet die Zahlstelle Groß-Berlin einen Zuschuß von 2 M. Die Mittel hierzu werden durch einen Extrabescheid, der für die 80 Pf. Beitragszahler 1 M., für die 80 und 70 Pf. Beitragszahler 2 M. beträgt, aufgebracht. Extramarken in Höhe von 20 Pf. sind ab 1. November zur Ausgabe zu bringen.

Der von der Zahlstelle zu leistende Gesamtzuschuß würde rund 6000 M. betragen. Diese Summe aus der Lokalkasse zu nehmen, geht nicht an, da nach Meinung der Ortsverwaltung die größten Ansprüche an dieselbe erst nach Friedensschluß gestellt werden dürften. Nach eingehender Diskussion wurde der Antrag der Ortsverwaltung mit großer Majorität angenommen.

Wie der Bevollmächtigte Bruns in seinem Vorstandsbericht mitteilte, haben die Kollegen in der chemischen Industrie wiederholt Teuerungszulagen erhalten.

Deutsches Reich.

Konflikte im ober-schlesischen Steinkohlenrevier.

Unter den ober-schlesischen Bergarbeitern ist infolge der unerbittlichen Teuerung und veranlaßt durch Beschlüssen aus dem Arbeitsverhältnis die Erbitterung bis zur höchsten Spannung gestiegen. Sie äußert sich in kurzen Einzelschritten, die bald hier, bald dort ausbrechen. Am 1. und 2. Oktober streikte die Belegschaft der „Konfordiagrube“ bei Hindenburg. Sie erzielte eine geringe Lohnaufbesserung und kehrte am 4. Oktober wieder vollständig zur Arbeit zurück. Am 12. Oktober verweigerte die Belegschaft der „Cheimgrube“ bei Kattowitz die Anfuhr. Hier war der Konflikt schnell behoben, denn die Verwaltung erkannte die Beschlüsse als begründet an und gestand eine Teuerungszulage von 50 Pf. für die verheirateten und 30 Pf. für die unverheirateten Arbeiter pro Schicht zu, und zwar rückwirkend ab 1. September. Die Erhöhung kam dann auch noch für September bei der Lohnung am 15. Oktober zur Auszahlung. Auf der „Castellengrube“ kam es in den letzten Tagen wiederholt zu erbitterten Konflikten, wobei die Verwaltung sogar einmal militärische Wachmannschaften mit aufgepflanztem Seitengewehr in die Grube schickte, als es unten in der Grube am Schacht zu einem Aufritt zwischen Grubenbeamten und Arbeitern gekommen war. Am 18. Oktober trat dann wieder die Belegschaft der „Preußengrube“ bei Nechowitz in den Streik. Auch hier wurden die Differenzen schnell beigelegt und eine nennenswerte Aufbesserung des Lohnes erzielt. Die Arbeiter erhielten bisher eine Teuerungszulage von 10 Prozent und eine Prämie von 6 Prozent für regelmäßiges Verfahren der Schichten. In einer Sitzung des Arbeiterausschusses,

die infolge des Streiks im Beisein des zuständigen Bergrevierbeamten und der Generaldirektion stattfand, wurde zugesagt, die Teuerungszulage auf 20 Prozent und die Regelmäßigkeitsprämie auf 10 Prozent des Lohnes zu erhöhen. Diese Erhöhung ist auch rückwirkend ab 1. September. Eine schriftliche Bekanntmachung, die diesen Zugeständnissen entspricht, wurde an die Belegschaft erlassen. Die Belegschaft wollte sich aber mit diesen Zugeständnissen nicht begnügen. Erst als die Ortsbehörde gestattete, eine Versammlung der Streikenden abzuhalten und die Organisationsvertreter die Aufnahme der Arbeit empfahlen unter gleichzeitiger Betonung, daß die Organisationen alles aufbieten würden, um angeforderte Teuerung eine weitere Erhöhung des Einkommens zu erlangen, glätteten sich allmählich die erregten Wogen. Mehr als einmal wurden aber den mahnenden Organisationsvertretern erregte Rufe entgegengeflüstert, wodurch der Grad des Unwillens gekennzeichnet wurde.

Die Teuerung wird in dem ober-schlesischen Grenzgebiet recht bitter empfunden, weil in normaler Zeit die Lebensmittelfuhr aus dem benachbarten russisch-polen und Galizien recht bedeutend war und nun aber durch die bekannten Ereignisse ganz aufgehört hat. Dadurch haben die wichtigsten Nahrungsmittel eine Preissteigerung erlangt, wie sie von einem anderen Landesteil nicht getroffen werden wird. Die Bergarbeiterlöhne stehen damit nicht im Einklang. Das ist angesichts der Tatsache, daß jetzt die Arbeitskräfte der boheimischen bergmännischen Bevölkerung auf das äußerste angepannt sind und darum der Genuß der allerfrühesten Nahrungsmittel — die leider nicht erspart werden können — angebracht wäre, sehr bedenklich. Wenn nicht bald Wandel kommt, sei es durch eine umfassende Lohnaufbesserung oder eine Verbilligung der wichtigsten Lebensmittel, dann ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß es im ober-schlesischen Steinkohlenrevier zu bedeutenden Konflikten kommen kann.

Aus Industrie und Handel.

Kriegsgewinne.

Die Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Lutz & Co. schließt ihr Geschäftsjahr mit einem Reingewinn von 436 350 M. (gegen 270 025 M. im Vorjahre) ab, wovon 5 Proz. Dividende verteilt werden. Im Vorjahre wurde keine Dividende gezahlt.

Die Zimmermann-Werke G.-G., Werkzeugmaschinenfabrik in Chemnitz, konnten ihren Reingewinn gegen das Vorjahr vermindern; er liegt von 81 440 auf 656 705 M., wovon 5 Proz. Dividende (0 Prozent im Vorjahr) verteilt werden.

Ein beschränktes Kohlenausfuhrverbot nach der Schweiz.

Deutschland hat kürzlich gegen 42 Schweizer Fabriken, darunter drei Badler Hartwerke, die Anilinfarben nach England ausführen, und 39, meist in der Westschweiz gelegenen Fabriken, die Kriegsmaterial für die Gegner der Zentralmächte herstellen, ein beschränktes Kohlenausfuhrverbot für Kohlen erlassen. Die Verhandlungen der Bundesbehörden mit der deutschen Regierung, die die Rückgängigmachung des Kohlenbottotts bezweckten, haben, wie jetzt die „Frankfurter Ztg.“ erfährt, nicht zum Ziele geführt. Deutschland verbart dabei, den betreffenden Fabriken Kohlen nur abzugeben, falls sie erklären, dem Feinde keine Anilinfarben oder Kriegsmaterial mehr liefern zu wollen.

Von der Bagdadbahn.

Die Strecke der Bagdadbahn von Ischia nach Adju ist heute dem Betriebe übergeben worden. (Die beiden genannten Stationen liegen östlich des Amanus im Norden von Aleppo. Die Eröffnung dieser Teilstrecke bringt das syrische Reich um 47 Kilometer näher an den schon durchgeschlagenen Haupttunnel der ganzen Bahn bei Bagdad.)

A. Wertheim

Leipziger Straße Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Billige Lebensmittel

Soweit Vorrat

Fleisch

- Schmorfleisch mit Knochen . Pfund **95** Pf.
- Roastbeef mit Knochen . Pfund **95** Pf.
- Rinderkamm Pfund **95** Pf.
- Rinderfilet unausgeschält Pfd. **1.20**
- Hammelkeule im Ganzen Pfd. **1.30**
- Hammelrücken im Ganz. Pfd. **1.15**
- Hammel dicke Rippe . . Pfund **1.15**
- Hammeldünnung . . . Pfund **1 M.**
- Kabler Rippespeer Eckstück, 2—3 Pfund . Pfund **1.55**
- im Ganzen Pfund **1.65**
- Mittelstück Pfund **1.75**
- Pökelkamm Pfund **1.55**
- Pökelzunge Pfund **1.15**
- FrISCHE Rinderzunge Pfund **1.10**
- Ochsenchwanz . . Pfund **80 Pf.**

Wurstwaren

- Zervelatwurst Pfund **2.70**
 - Plockwurst Pfund **2.40**
 - Bauernmettwurst . Pfund **2.50**
 - Teewurst Pfund **2.80**
 - Mettwurst ^{n. Braunschweiger Art.} Pfund **2.60**
 - Feine Leberwurst Pfund **2.35**
 - Landleberwurst . . Pfund **1.75**
 - Jagdwurst Pfund **2.10**
 - Rotwurst Pfund **1.30 1.90**
 - Sälzwurst Pfund **1.50**
- Ständiger Verkauf. Jeden Freitag:**
- FrISCHE Blut- und Semmelleberwurst
 - Feldpos'briete mit Wurstwaren in verschiedenen Preislagen.

Gemischte Marmelade

Pfund **55 u. 65 Pf.**

Himbeer - Marmelade

Pfund **55 Pf.**

Landbutter

Pfund **2.55**

Fische

- FrISCHE Plötzen . . Pfund **40 Pf.**
- FrISCHE Hechte . . . Pfund **80 Pf.**
- Grüne Heringe . . . Pfund **25 Pf.**
- Seemuschelein . . . 8 Pfund **60 Pf.**

Geflügel

- Suppenhühner Pfund **1.45 u. 1.75**
- Brathühner Pfund **2.20**
- Krammelsvögel . . . Stück **45 Pf.**

Räucherwaren

- Kleier Schliebücklinge 2 Stck **25 Pf.**
- Kleier Sprottbücklinge Pfund **90 Pf.**
- Ahlbecker Flundern . Pfund **80 Pf.**
- Schellfisch, geräuchert Stck. **30 Pf.**
- Aal, geräuchert Pfd. **1.55 1.80 2 M.**
- Makrelen gesalzen . Stück **18 Pf.**

Obst

- EBbirnen Pfund **20 Pf.**
 - EBäpfel, rote u. weiße Pfd **15 Pf.**
 - EBäpfel (Calvillenart) 2 Pfund **35 Pf.**
 - Kochäpfel Pfund **15 Pf.**
 - Kochbirnen Pfund **10 Pf.**
 - Weißkohl Pfund **8 Pf.**
 - Rotkohl Pfund **11 Pf.**
 - Blumenkohl Kopf . **25 u. 30 Pf.**
 - Mohrrüben 5 Pfund **45 Pf.**
 - Junger Kohlrabi . . Pfund **12 Pf.**
 - Rosenkohl Pfund **35 Pf.**
 - Radleschen 6 Bund **10 Pf.**
 - Sellerie, große Knolle **20 u. 25 Pf.**
 - Schwarzwurzeln . 2 Pfund **45 Pf.**
 - Kartoffeln 10 Pfund **45 Pf.**
- Zentner **4.25 M.**
Zusendung durch die Paketfahrt **60 Pf.** pr. Zentner.
Sack **1 M Pfand.**

Salzfische

Kopf- od. Schwanzstück in 1/2 u. 1 fischen Mittelstück
Pfund **35 Pf. 40 Pf. 45 Pf.**
Kostproben 11-1 und 5-7 Uhr. Verkaufsstelle der Zentral-Einkaufs-Ges.

Freitag und Sonnabend

Herren - Paletots

48 M.
dunkelgrau

Herren - Ulster

35 u. 48 M.
braun und blaugrau

Gummi - Mäntel

29 u. 37 M.
zum Teil mit Reitschlitz

Beinkleider

8.50 u. 12.50
dunkle Streifenmuster

Die Feuerungsfragen in den Stadtparlamenten.

Berlin.

Stadtvorordnetenversammlung.

23. Sitzung vom Donnerstag, den 21. Oktober 1915, nachm. 5 Uhr.

Die Sitzung wird nach 5 1/4 Uhr vom Vorsteher Nischel mit einer Ansprache eröffnet, die die Bestrengung der Stadt Brandenburg durch die Hohenzollern und die heutige 500-Jahrfeier dieses Ereignisses zum Gegenstand hat und in ein Hoch auf den Kaiser auslingt. Die Sozialdemokraten sind während dieses Aktes im Saale nicht anwesend.

Sodann gedenkt der Vorsteher des am 16. d. M. verstorbenen Stadtv. Dr. Paul (Fr. Fr.); die Versammlung ehrt sein Andenken durch Erheben von den Siben.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die am 16. d. M. von der sozialdemokratischen Fraktion eingereichte Anfrage Barlow'ski und Genossen:

Welche Schritte gedenkt der Magistrat zu tun, um auf Maßnahmen gegen die unerträglich gewordenen Preissteigerungen aller notwendigen Lebensmittel hinzuwirken?

Nachträglich sind gestern, am 20. Oktober, noch auf die Tagesordnung gesetzt worden die Magistratsvorlagen

1. betr. die Sicherung des Milchbezuges für Kinder und Kranke.

2. betr. die Errichtung einer Preisprüfstelle und die Versorgungsregelung.

Die Aufgaben der Preisprüfstelle sollen den schon bestehenden Lebensmittelausföhrer übertragen werden, das Recht der event. Lebensmittelbeschlagnahme soll dem Magistrat allein zustehen.

Es geht ferner folgender dringlicher Antrag aller Fraktionen ein:

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, bei der Reichsregierung durch geeignete Vorstellungen dahin zu wirken, daß

1. bei den vorhandenen Vorräten ungerechtfertigte übermäßige Preissteigerungen von Lebensmitteln, insbesondere von Fleisch, Vieh, Milch, Butter, Käse, Fetten und Kartoffeln durch geeignete Maßnahmen, namentlich durch festgesetzte Höchstpreise, abgestuft nach Preisbezirken, Bestandsaufnahmen, Beschlagnahmen und Enteignungen, sowie Verhinderung von Verkäufen der Ausfuhr ins deutsche Inland seitens einzelner deutscher Staaten und Landesteile beseitigt,

2. für die Zuführung dieser Lebensmittel zu angemessenen Preisen und im erforderlichen Umfange auch an die städtischen Gemeinden gesorgt wird und

3. alle diese Maßnahmen von einer Reichszentrale aus geleitet werden.

Stadtv. Wurm (Soz.): Daß ein Notstand vorhanden ist, wie er wohl seit undenkbarer Zeit das Volk noch nicht belagert hat, ist einleuchtend; die Preissteigerung für die meisten Lebensmittel hat eine Höhe erreicht, die fast für die gesamte Bevölkerung unerschwinglich ist. Brot ist um 70, Butter um 100, Fleisch bis zu 100 Proz. in die Höhe gegangen! Der Lebensmittelbedarf einer vierköpfigen Arbeiterfamilie, der nach dem Durchschnitt der Jahre 1900—1910 630 M. kostete, im Jahre 1910 885 M. kostet heute 1214 M. oder 77 Proz. mehr! Da muß die große Masse unterernährt sein und schwere Not leiden. Wenn schon für die Arbeiter die Löhne da und dort eine Steigerung erfahren haben, so bleibt diese weit hinter der Verteuerung der Lebenshaltung zurück, ebenso haben zu leiden die kleinen Beamten mit festem Gehalt, vor allem aber die Arbeiterfamilien. Ist diese Verteuerung unabwendbar oder läßt sie sich einschränken? Die tatsächliche Erhöhung der Produktionskosten erreicht keineswegs die Höhe, die uns von denen vorgerechnet wird, die die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung mit Nahrung versorgen. Die Verteuerung wird auch nicht sowohl dadurch als vielmehr durch den Umstand bedingt, daß das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage auch im Kriege, wo die Zufuhr abgeschnitten ist und die Produktion verringert wird, Geltung behalten soll, weil auch

der Krieg als Konjunktur angesehen wird. Unser Oberbürgermeister hat sich mit Energie gegen diese Auffassung verwahrt, und wenn Vorhaltungen helfen könnten, so mühten sie hier schon lange gehoben haben. Aber hiergegen gibt es nur das Mittel des eisernen Zwanges, der den

Hunger nach Geld dämpfen kann; die Staatsgewalt muß hier eingreifen. Das haben wir gemeinsam von dieser Stelle aus wiederholt gefordert; mit wie wenig Erfolg, wissen Sie alle. Gewisse Einschränkungen sind mit dem Kriege unabänderlich verbunden, und in heißer Sehnsucht erwarten alle Völker den baldigen Friedensschluß und die Rückkehr zu friedlicher Arbeit. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Das Volk weiß aber auch, daß Milderungen möglich sind, wenn die maßgebenden Stellen nicht untätig bleiben. Die Gemeinden haben ihre Pflicht getan; wenn auch mancher Mißgriff, manche falsche Zäntz unterließ — so bei dem Fleisch- und Fettbezug —, der gute Wille war vorhanden; vielleicht tut dem Magistrat Hilfe not, es fehlen Beamte, vielleicht müssen die Degenerale für die Lebensmittelversorgung geteilt werden (Zustimmung bei den Sozialdemokraten) — aber alle diese Mängel sind nicht so bedeutend, um uns Richterinnen gegen die Fähigkeit der Gemeinde einzuschießen, die Verteilung der Lebensmittel vorzunehmen, wenn sie sie hätte. Daran aber eben krankt die Stadt. Die Macht der Gemeinde ist eng begrenzt und eingeschränkt durch die Untätigkeit derer, die die Verantwortung tragen. Die Verordnung über die Preiskontrolle nimmt sich ja ganz gut aus; auch das Enteignungsrecht ist vorgesehen. Aber woher nimmt die Großstadt die zu enteignenden Vorräte? Auf unserm Asphalt trägt nichts. Auch das Wucherergesetz vom 23. Juli hilft uns nicht, ebensowenig die Befugnis, Kleinhandelshöchstpreise festzusetzen, eine Befugnis, die in Wirklichkeit nur schadet, wie die Erfahrungen beweisen, die der Bürgermeister von Tilsit, die man in zahlreichen Städten Brandenburgs, die man in Halle gemacht hat. Die Gemeinde ist machtlos gegenüber dem Interferenzrecht derer, die für die Stadtgemeinden die Nahrungsmittel liefern. Nun wissen doch Bundesrat und Reichsminister, um was es sich handelt; was haben sie getan? An Nachmittage fehlt es ihnen nicht, der Reichstag hat ihnen am 4. August 1914 mehr Vollmachten gegeben als er selbst je besessen hat. Aber der Bundesrat hat sie nur in sehr bescheidenem Maße ausgenutzt. Am besten ist noch — mit Hilfe der Gemeinden und unter opferfreudiger Beteiligung der Bürgerschaft — die Brotregelung gelungen, obwohl die Höchstpreise für Getreide auch in diesem Jahre um 20 M. für den Doppelzentner zu hoch angelegt sind und der Landwirtschaft enorme Summen zufließen lassen. Bei den Kartoffeln haben wir voriges Jahr schweres Lehrgeld zahlen müssen. Für dieses Jahr ist nun verordnet, daß die Kommunalbehörden ihren Bedarf bei der Reichsartoffelstelle angemeldet haben; sodann sind reichliche hohe Grundpreise festgelegt. Nun erleben wir, daß die Bauern die Kartoffeln nicht verkaufen, daß die

Brandenburger Landwirtschaftskammer und die „Deutsche Tageszeitung“ sie gestern bitten mühten, nicht damit zurückzuhalten. Warum das? Weil sie, gestützt auf die Erfahrung des vorigen Jahres, hoffen, daß ihnen der Bundesrat wieder den Gefallen tun wird, die Grundpreise zu erhöhen. In der neuen Verordnung ist auch eine Bestätigung für Aufbeziehung vorgesehen, wie hoch, ist nicht gesagt, die kann sich ganz gut auch zu einer Liebesgabe auswachen. (Sehr gut!) Der zu hohe Höchstpreis für Kartoffelpräparate ist ein weiteres schweres Demerit, warum soll der Bauer seine Kartoffeln für 55 M. auf den Markt bringen, wenn er sie in den betreffenden Fabriken mit 87 M. verwerten kann? Nach den Erfahrungen unserer städtischen Güter wird der Zentner Kartoffeln für 1,25 M. produziert; nehmen wir selbst 100 Proz. Zuschlag, so kommen wir erst auf 2,50 M. Produktionspreis. Dem spekulativen Bauer darf die Kartoffel nicht ausgeliefert werden.

— Beim Fleisch zeigt sich die Erscheinung, daß gerade das, was die ärmere und ärmste Bevölkerung isst, höher im Preise gestiegen ist als das übrige Fleisch; der Hauptgewinn lag auch durchaus nicht immer beim Zwischenhandel, sondern vielfach beim Produzenten. Wir brauchen beim Fleisch Höchstpreise nicht nur für den Kleinhandel, sondern von der Produktionsstelle an, abzustufen nach den Gegenden oder nach den besonderen Produktionsbedingungen; der Willkür darf die Preisbildung nicht weiter überlassen werden. Noch willkürlicher als beim Fleisch zeigt sich die Preistreiberei beim Wildbret; Gänse sind um 100 Proz. im Preise gestiegen; die Jäger setzen nach eigenem Zugeländnis nicht ein, warum sie, wenn Fleisch so teuer ist, ihr Wild billiger verkaufen sollen. Dagegen helfen keine Predigten, dagegen muß mit Nachmittage eingeschritten werden. Bei Milch, Butter, Käse scheint sich ja der Bundesrat endlich zu Maßnahmen zu ernennen. Gewiß sind die Buttermärkte teurer geworden, aber nicht entfernt so sehr, als uns vorgerechnet wird; nicht um 12, sondern nur um 4 Pf. wird das Liter Milch dadurch verteuert. Mit der Milchartenvermehrung, die uns der Magistrat unterbreitet, sind wir völlig einverstanden, wir wünschen nur, daß auch alle Leute, die auf Milch zur Nahrung angewiesen sind, den Kranken zugerechnet werden. Gerade das Beispiel der Milch beweist, daß einzelne Bezirke nicht ausrichten können; sie kann leicht in Butter und Käse umgelegt werden, wir brauchen also auch Butter und Käsehöchstpreise. Der Bundesrat hat hier bisher nichts getan, dafür haben einige Generalkommandos eingegriffen, wobei wir wieder erleben mühten, das der Großhandel sich daran nicht lehrte. Da können nur Maßnahmen helfen, die das ganze Reich umfassen. Sehen wir doch jetzt sogar, daß die einzelnen Reichsgebiete miteinander Krieg führen; Bayern schlägt sich ab, macht ein Ausfuhrverbot, Pommern geht ähnlich vor, bis schließlich die Großstädte entweder Bahnstundpreise zahlen müssen oder nichts bekommen können. Eine zentrale Regelung ist nötig.

Der Reichstag hat sie auch verlangt; aber die Beratungskommission, die der Bundesrat eingerichtet hat, hat keine Befugnisse, kein Beschlagsrecht und Enteignungsrecht. Selbstverständlich müssen die Höchstpreise festgesetzt werden nach Preisbezirken. — Durch solche Maßnahmen kann Hilfe geschaffen werden, läßt sich eine ganz bedeutende Verringerung der Preise herbeiführen. In der Kreuzzugzeit blieb es dieser Tage, der Kampf der Städte gegen den Bauer arbeitete nur unseren Gegnern in die Hände. Das ist eine sehr bequeme Ausrede, um sich Wucherpreise zu sichern und Zustände herbeizuführen, die weit mehr unseren Gegnern in die Hände arbeiten. (Sehr wahr!) Hinter dem Hunger steht die Krankheit, hinter der Entbehrung das Siechtum, das die Bevölkerung auf Jahre hinaus schwächt, wo sie jeden Tropfen Blut für Gegenwart und Zukunft nötig hat. Wir lehnen jede Verantwortung für diese Zustände ab. Die Gesundheit des Volkes darf nicht von den Wucherern untergraben werden. Der Willkür des Volkes, der sich schon deutlich genug kundgegeben hat, verträgt nicht länger, daß man tatenlos diesem Auswuchern der Volksmassen zusieht. Wir verlangen Hilfe, wir verlangen dringende Hilfe! (Beifall.)

Stadtv. Gessel: Wir stehen vor einer außerordentlichen Verteuerung, für die es der Gemeinde nicht weiter bedarf. Die Verteuerung ist drückend nicht bloß für die Arbeiter, die ein gewisses Äquivalent in der Lohnsteigerung (?) haben, und für die Arbeiterfamilien, sondern auch für den Mittelstand; nur einige reiche Leute werden nicht davon betroffen. Das Volk will gewiß alle Opfer bringen, die die Erlämpfung eines ehrenvollen Friedens verlangt, aber es muß den Mut des Volkes erregen, wenn es sieht, daß angesichts der vorhandenen Vorräte unerträglich hohe Preise gezahlt werden müssen. Generelle Vorwürfe erhebe ich nicht; es ist auch nicht leicht, zu erkennen, an welcher Stelle die Schuld liegt. Es gibt in jedem Erwerbsstande Leute, die aus Profitsucht Wucherpreise fordern und nehmen. Gleichseitig gibt es in Berlin immer noch Leute, die z. B. Butter vom Lande noch zu 1,00 M. beziehen. (Rufe: Adresse nennen! Heiterkeit.) Dann würden sie die Butter nicht so billig erhalten. — Unauwendlich notwendig ist das Eingreifen des Reichs. Es gibt große Gebiete, wo Fleisch, Milch, Butter usw. bedeutend billiger sind als in Berlin. Hier muß die Reichsregierung für einen Ausgleich sorgen. In dieser Erwägung haben die drei Fraktionen den Dringlichkeitsantrag gestellt, der die nach einheitlichen Grundsätzen geregelten Höchstpreise, Bestandsaufnahmen und Beschlagnahmen fordert. Gerade unverständlich ist, wie die Reichsverwaltung die im Innern des Reichs ergangenen Ausfuhrverbote zugelassen hat. Unbedingt notwendig ist auch eine gerechte Vorräteverteilung mit Rücksicht auf die Bedürfnisse der Stadtgemeinden. Die Leitung dieser Maßnahmen muß in der Hand der Reichsregierung liegen. Wir haben Grund zu der Befürchtung, daß an gewissen hohen Stellen der Landesverwaltungen, auch der preussischen, sich Einflüsse geltend machen, die diesen Forderungen entgegenarbeiten und der Auffassung mächtiger Interessentengruppen mehr ihr Ohr leihen. Auch die Kartoffelfrage erscheint uns nicht als gelöst; das neuerliche exorbitante Steigen der Preise ist mit der Rekorderte in Kartoffeln unvereinbar; billige Kartoffeln müssen einen Ersatz für zahlreiche andere verteuerte Lebensmittel bieten. Greift die Verbitterung im Volke über diese Zustände weiter um sich, dann möchten vielleicht auch andere Erzeugnisse, die uns der Krieg gebracht hat, wieder zugrunde gehen. — Trifft die Reichsregierung die erforderlichen Maßnahmen, so wird es gelingen, auch diejenigen zu treffen, die aus niedriger Profitgier den Burgfrieden brechen. Es kann nur mit Freuden begrüßt werden, daß es auch in dieser so schwerwiegenden Frage gelungen ist, zu einer einheitlichen Stellungnahme zu gelangen. (Beifall.)

Oberbürgermeister Wermuth: Die Zeit verlangt, daß wir handeln. Jetzt scheinen ja die Grundzüge, die wir schon vor Wochen proklamieren, sich Bahn zu brechen und entsprechende Maßnahmen sich vorzubereiten. Mögen sie umfassend genug und gut gewählt sein, dann werden auch die Gemeinden freudig ein größeres Preisfeld in Angriff nehmen. Zurzeit erregen die Preise für Butter und Milch am meisten die öffentliche Aufmerksamkeit; Produzent und Handel haben den Preis in solchem Maße nicht berechneterweise gesteigert, bei Milch um 40—50 Proz., bei Butter aber außer jeder Relation selbst mit dem gesteigerten Milchpreis. Das liegt an dem Einfluß, den der ausländische Butterpreis auf den Inlandsbuttermarkt erlangt hat. Dadurch

ist eine rapide, ganz unnatürliche Preissteigerung auch im Inland hervorgerufen, der Anreiz zur Butterproduktion verstärkt und die Milchversorgung ernstlich gefährdet worden. Da sind Höchstpreise für die gesamte Butter und für das gesamte Reich unbedingt aufzubringen erforderlich. Beides haben wir vorige Woche nochmals lebhaft beantragt. Vom Oberkommando ist darauf am 16. Oktober der Höchstpreis auf 2,80 M. festgesetzt, es sind auch Maßnahmen zur Regelung des Butterverkehrs angeflüht, die hoffentlich mit möglicher Beschleunigung und Energie getroffen werden, weil sonst der Berliner Buttermarkt völlig isoliert dastehen könnte. Daß große Buttermengen zu wucherischen Preisen in Berlin eingepreist wären, trifft nicht zu. (Hört! hört!) Die schon erwähnten Ausfuhrverbote laufen den heiligsten Gesetzen der Kriegswirtschaft zuwider. (Sehr gut!) Wir verlangen gleichmäßige Verteilung aller Vorräte über das ganze Reich. Es bilden sich ja sofort, ganz entgegen Artikel 33 der Reichsverfassung, gesonderte Wirtschaftsgebiete, und schließlich würde die Reichshauptstadt von jeder Versorgung ganz ausgeschlossen sein. Dagegen muß energisch Verwahrung eingelegt werden, wie wir es unausgesetzt und nicht ohne Erfolg getan haben. Wir sind unablässig bestrebt, für unsere Abnehmerkreise, welche täglich etwa 100 000 Liter Milch erzeugen und für unsere Versorgung mit Kinder- und Säuglingsmilch von der allergrößten Bedeutung sind, die genügenden Mengen Futtermittel zu erhalten. Einen Ersatz für die durch die Kriegserhebung der städtischen Wirtschaften zum großen Teil entzogene Rahtreiber und Kleie suchen wir in dem Roggenstroh, das jetzt durch die Reichsgetreidestelle zur Verteilung kommt. Das ist uns bisher aber nur im bescheidensten Umfange gelungen. (Hört! hört!) Die Reichsgetreidestelle soll im ganzen 200 000 Tonnen verteilen, 100 000 für Schweine und 100 000 für Milchläse. Wir mit unserer Bevölkerung von 2 Millionen Menschen haben davon 120 Tonaen erhalten. (Lebhaftes Hört! hört!) Daß das nicht ausreicht und daß wir uns dabei nicht beruhigen können, ist klar. Wir wollen und dürfen unsere Volkswirtschaft nicht eingehen lassen. (Sehr richtig!) Unser Bedarf an Kinder- und Säuglingsmilch sowie an Milch für Kranke muß über jeden Zweifel erhaben werden. Der Magistrat beginnt frühzeitig damit, indem er schon jetzt vorsichtshalber, Milcharten für Kinder einzuführen. Ob das Publikum das Bedürfnis empfinden wird, von dieser Einrichtung alsbald in vollem Umfange Gebrauch zu machen, steht dahin; aber die Erfahrung hat gelehrt, daß bei solchen Teilmahregeln, wie auch der Zufuhrkarte, einige Zeit dazu gehört, um die Einrichtung einzubürgern. Wir beginnen deshalb frühzeitig, um für etwaige ernsthafte Zeiten gerüstet zu sein. (Sehr gut!) Ihren festen Kern wird diese Maßregel erst dann erhalten, wenn neben der Sicherung des Bedarfs auch Vorzugspreise für Kindermilch gewährt werden können. Voraussetzung für einen Vorzugspreis ist aber erst wieder die Festsetzung eines Regelpreises, eines Höchstpreises für Milch für das ganze Reich. (Sehr richtig!) Der beste Wille der Gemeinden genügt nicht, wenn nicht das Reich die erforderliche Unterlage gewährt. (Sehr richtig!) Sollte, wie man vernimmt, von Reich wegen beabsichtigt werden, für Butter und wie wir bestimmt erwarten auch für Milch, zunächst ein Berliner Grundpreis festgesetzt werden, welcher dann nach der Wirtschaftslage für die einzelnen Gegenden des Reichs nach oben oder unten abgestuft wird, so erwächst dem Reich damit eine sehr schwierige und verantwortliche Aufgabe. Es wird sich zu zeigen haben, ob die Festsetzung von Höchstpreisen genügt oder nicht, vielmehr durch Beschlagnahme und Distribution ergänzt werden muß.

Zur Kartoffelversorgung habe ich mitzuteilen, daß der Magistrat der neugegründeten Reichsartoffelstelle mit einem der Größe Berlins entsprechenden Kapital beigetreten ist. Schon vor Gründung der Kartoffelstelle haben wir bedeutende Mengen angekauft, um für die Kälteperiode zur Abhilfe gerüstet zu sein. Die von uns damals gezahlten Preise sind noch lieblich. Aber von vielen Seiten werden aus dem Reich schon wieder Klagen laut, daß die Kartoffelpreise in einer derartigen Weise nicht entsprechend anziehen. (Hört! hört!) Dem wird sich die neue Kartoffelstelle mit allem Nachdruck entgegenstellen müssen. (Wahr!) Das kann sie nur, wenn sie an den ihr vorgeschriebenen Preisen von 55—61 M. unbedingt festhält. Es ist unbedingt zu verlangen, daß den Städten vom Reich während des ganzen Erntejahres Kartoffeln von guter Qualität und zu derartigen Preisen entsprechend zur Verfügung gehalten werden. Gelingt es nicht, dann hat die Kartoffelstelle ihre Aufgabe erfüllt. Gelingt es nicht, dann war der Deutsche Städtebund im Recht, als er bis in die letzten Tage vor Gründung der Kartoffelstelle wesentlich einschneidendere und umfassendere Maßnahmen befürwortete. (Sehr richtig!) Unausgesetzt bemüht sind wir auch um die Herabsetzung der Höchstpreise für Kartoffelmehl und Kartoffelpräparate. Der unheilvolle Einfluß der jetzigen Höchstpreise für Kartoffelpräparate auf dem gesamten deutschen Kartoffelmarkt muß je eher je lieber beseitigt werden. (Sehr richtig!) Was das Fleisch betrifft, so haben wir seit August 1914 angekauft, soviel wir nur bekommen und aufbewahren konnten, zusammen 5 1/2 Millionen Kilogramm für 14 Millionen Mark; die Gesamteinläufe der Stadt haben 60 Millionen gekostet. Diese großen Quanten sind im Verhältnis zum Bedarf immer noch sehr geringfügig. — Auch hier zeigt der Bedarf unbedingt auf Höchstpreise für Schweine und Schweinefleisch und nicht bloß für den Kleinhandel, sondern direkt im Anschluß an die Produktion. (Lebhafter Zustimmung.) Für alle Lebensmittel kann weder das Reich noch die Kommune regelnd eingreifen; immerhin haben wir auch Reis, Hülsenfrüchte, Deringe beschafft, um namentlich den Bedürftigsten entgegenzukommen. Beim Gemüse haben wir gleichfalls uns alle Mühe gegeben; daß der Verkauf nach Gewicht preissteigernd wirkt, ist unrichtig. Den städtischen Preiskommissionen muß ein gutes Zeugnis gegeben werden. Wird unsere zweite Nachtragsvorlage angenommen, so werden sie morgen die Befugnisse der amtlichen Preisprüfstellen besitzen. Unsere Brotversorgung bewegt sich im ganzen in gefunden Bahnen, weil hier ganze Arbeit gemacht wird. Wir hoffen aufs lebhafteste, daß sich die Reichsregierung diesem Ideal tunlichst bei allen übrigen Lebensmitteln annähert. Pflicht für uns alle ist jetzt, in der Bevölkerung das Bewußtsein wachzuhalten, daß die Verteilung der Nahrungsmittel nach dem Prinzip absoluter Gerechtigkeit erfolgt. Mangel an Nahrungsmitteln ist nicht vorhanden; mit dem Mangel an Fetten werden wir uns abzufinden haben. Aber das ganze Reich muß die Last gemeinsam tragen! (Lebhafter Beifall.)

Stadtv. Mommsen (Fr. Fr.): Bei unserm Magistrat liegt die Leitung der städtischen Nahrungsmittelversorgung in den besten Händen; besonders leicht wird ihm seine Aufgabe tatsächlich nicht gemacht. Beschlüsse, die sofort Abhilfe schaffen, können wir ja heute nicht fassen; aber auch so wird unsere Diskussion ihren Zweck nicht verfehlen. Alle Schichten der Bevölkerung müssen Opfer bringen, den Kermeren aber muß das Opfer erleichtert werden. Die Landwirtschaft ist dazu da, die Städte und die Industrie zu versorgen; die wirtschaftliche Abschließung eines Gebietes ist in diesen Kriegszeiten eine geradezu unpatriotische Handlung! Die Einigkeit der Versammlung in dieser

Frage muß hoch auf die Reichsregierung Einbruch machen! (Beifall.)

Damit schließt die Erörterung. Der dringliche Antrag Cassel und Genossen wird einstimmig angenommen.

Die beiden Nachtragsvorlagen gelangen ohne Debatte zur Annahme.

Ebenso wie in Berlin wurde auch in einigen Vorortgemeinden die wichtige Frage der Beschaffung billigerer Lebensmittel verhandelt. Wir lassen die Berichte, soweit sie uns vorliegen, hier folgen.

Charlottenburg.

Zu der Sitzung am Mittwoch hatten sämtliche Fraktionen Anträge eingebracht, die sich auf die Lebensmittelsteuerung bezogen. Während die Liberalen sich darauf beschränkten, den Magistrat um Auskunft über die Maßnahmen gegen die Lebensmittelsteuerung zu ersuchen, welche bisher ergriffen und zurzeit noch beabsichtigt sind, enthält der sozialdemokratische Antrag spezialisierte Forderungen. Hiernach wird der Magistrat ersucht, 1. bei den gesetzgebenden Körperschaften wegen Verbilligung der Preise für alle Nahrungsmittel vorstellig zu werden, insbesondere wegen Festlegung möglicher Höchstpreise für Fleisch, Fettwaren, Milch und Milchprodukte, Eier, Säsenfrüchte, Kartoffeln, die den Anforderungen der Verbraucher gerecht werden, verbunden mit der Einführung eines Enteignungsrechts und Verkaufszwanges; 2. schon jetzt Maßnahmen zu ergreifen, um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln für die weitere Dauer des Krieges zu sichern; 3. den städtischen Verkauf von Lebensmitteln soweit als möglich auszudehnen, und die Verkaufspreise so festzusetzen, daß dadurch nur die Selbstkosten gedeckt werden; 4. für die minderbemittelte Bevölkerung, namentlich die Angehörigen von Kriegsteilnehmern besondere Vergünstigungen eintreten zu lassen. Endlich richteten noch die Nationalliberalen an den Magistrat das Ersuchen, bei der Regierung vorstellig zu werden, daß diejenigen Maßnahmen, die getroffen oder in Vorbereitung sind, um die Bevölkerung vor Fortsetzung ungerechtfertigter und enormer Preissteigerungen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung zu schützen, noch weiter ausgedehnt werden auf andere zum Lebensunterhalt ebenso notwendige Bedarfsgegenstände.

In der Debatte vertrat Bürgermeister Dr. Maier namens des Magistrats den Standpunkt, daß es sich bei den Maßnahmen einer einzelnen Gemeinde immer nur um Verluste handeln wird, die Stückwerk bleiben. Was die Gemeinde leisten könne, liege im wesentlichen auf dem Gebiete der Verbrauchsregelung, sie könne die ihr überwiesenen Mengen so verteilen, daß der einzelne gegenüber dem anderen nicht benachteiligt wird. Für die nächste Zeit sei die Einführung von Milchkarten geplant, um für Kranke und Kinder den Genuß von Milch zu sichern. Die Fleischvorräte der Stadt reichen vorläufig noch aus, wenn auch die Fleischversorgung in Zukunft nicht mehr so einfach wie bisher vor sich gehen werde. Im Anschluß daran gab Stadtrat Dr. Gottstein Auskunft über die bisherigen Einkäufe von Charlottenburg. Namens der sozialdemokratischen Fraktion bespitzte Genosse Kagenstein mit scharfen Worten die ungerechtfertigten Preissteigerungen, er verlangte, daß die Städte rühriger als bisher werden und sich nicht mehr eine so große Zurückhaltung auferlegen.

Das Resultat der Debatte war die Annahme des national-liberalen Antrages und der Ziffer 1 des sozialdemokratischen Antrages. Die übrigen Teile des sozialdemokratischen Antrages wurden zusammen mit dem fortschrittlichen Antrag einem Ausschuss überwiesen.

Gleichfalls an einen Ausschuss ging die Magistratsvorlage betreffend Gewährung von Kriegsteuerungszulagen an städtische Angestellte und Beamte. Ueber den Inhalt dieser Vorlage hat der „Vorwärts“ bereits berichtet. In der Debatte vertrat Genosse Wehert den sozialdemokratischen Standpunkt; er erklärte sich mit der Tendenz des Antrages einverstanden, wünschte aber eine größere Berücksichtigung der Forderungen der städtischen Arbeiter.

Neußölln.

Während im Rathause die Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion zur Verhandlung stand, sammelte sich vor dem Rathause eine große Menschenmenge, die in lebhaften Ausdrücken den Kampf gegen die Lebensmittelsteuerung forderte. Auch die Tribünen im Rathause waren von Frauen überfüllt.

Die sozialdemokratische Fraktion brachte folgenden Antrag ein: Die Stadtverordnetenversammlung von Neußölln ersucht den Magistrat, beim Bundesrat dahin vorstellig zu werden, daß 1. eine Bestandaufnahme der notwendigsten Lebensmittel stattfindet;

2. diese Lebensmittel beschlagnahmt werden;
3. eine zentrale Verteilungsstelle eingerichtet wird;
4. die Gemeinden in den Stand gesetzt werden, ihre Gemeindeglieder mit Lebensmitteln zu angemessenen Preisen zu versorgen.

Diesen Antrag begründete Stadtv. Kloth (Soz.) in eingehender Weise unter der lebhaften Zustimmung der Tribünenbesucher.

Namens des Magistrats plädierte Oberbürgermeister Kaiser für die Annahme dieses Antrages. Er stimmte dem Vordränger dahin zu, daß bei einigermaßen gutem Willen der Lebensmittelsteuerung ein Ende gemacht werden könnte. Der Magistrat werde seinerseits alles tun, daß der Antrag in die Tat umgesetzt wird.

Der Stadtrat Niet, sowie die Sprecher der bürgerlichen Fraktionen, nahmen sich ebenfalls des Antrages mit großer Wärme an und wandten sich entschieden gegen die durch nichts gerechtfertigte Lebensmittelsteuerung.

Einige Frauen hatten die Gelegenheit wahrgenommen, um dem Oberbürgermeister eine Eingabe, welche Abstellung der Kollage fordert und verschiedene Anregungen gibt, persönlich zu überreichen. Der Oberbürgermeister versprach, nach besten Kräften den Wünschen der Frauen gerecht zu werden, doch wies er auf die Notwendigkeit hin, daß die Städte mit vereinigten Kräften auf die Reichsregierung einen Druck ausüben müßten, um die jetzigen Zustände zu beseitigen.

Das tägliche Brot.

Die Tätigkeit der Preisprüfungs-Ausschüsse.

Am 11. d. Berlin, 21. Oktober. (W. T. B.) Der Ausschuss für Milch, Butter, Käse und Eier des Bezirks der Preisprüfungsstelle für Lebensmittelpreise hat bereits zweimal, am Montag und Donnerstag dieser Woche unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Lufensky getagt; derjenige für Vieh, Fleisch, Wurstwaren und Fische am Dienstag unter dem Vorsitz des Unterstaatssekretärs Richter. Allseitige Uebereinstimmung herrschte über die Notwendigkeit der Preisregelung für Butter, und zwar auf der Grundlage eines von Zeit zu Zeit nachzuprüfenden Grundpreises für die Berliner Notierung. Ueber die Verbrauchsregelung für Butter, Fette und Milch fanden eingehende Erörterungen statt. Die Sicherstellung der Milchversorgung für kleine Kinder, stillende Mütter und Kranke wurde allgemein für notwendig und durchführbar gehalten. Unter verschiedenen Anregungen fand besonders die eines Verbots der Herstellung von Fettkäse Zustimmung. In der Vieh- und Fleischfrage erstreckte sich die Besprechung in der Hauptsache auf die allseitig für notwendig gehaltene Preisregelung für Schweinefleisch.

Wieder „ein Einzelfall“.

Der Verein der Milchproduzenten für Breslau war durch Verhandlungen mit den Militär- und Zivilbehörden gegen eine Teuerung ziemlich gebunden, mußte wenigstens mit starken behördlichen Repressalien rechnen, wenn er den Preis der Milch von sich aus heraufsetzte. Daraufhin sandte er an den Verein der Milchhändler folgenden Wink:

„Ich benachrichtige Sie ergebenst, daß der Vorstand vorläufig von einer Erhöhung der Milchpreise beim Kleinverkauf in Breslau absieht.“

Wir verhandeln diesfalls mit dem Magistrat und wird uns von dort der Vorkurs, daß wir die Kollage ausnützen und dadurch die ärmere Bevölkerung in ihrer Nahrungsmittelbeschaffung binden.

Wir geben Ihnen gern anheim und sind einverstanden, wenn von Seiten der Händler der Milchpreis heraufgesetzt wird. Ich halte dies sogar für dringend notwendig, wenn Sie für die Zukunft wenigstens das jetzige Milchquantum auch erlangen wollen.

Gochachtungsvoll

Der Vereinsvorstand der Milchproduzenten Breslaus.

gez. Stiller, Geschäftsführer.“

Es wird also der stille Vorkurs den Milchproduzenten angedroht, wenn man die Preise nicht erhöht — in den Profit wird man sich nach der Erhöhung schon teilen. Die Händler verstanden den Wink und kündigten die Erhöhung des Milchpreises von 24 auf 30 Pf. an. Daraufhin hat das stellv. Generalkommando des VI. Armeekorps sofort einen Höchstpreis von 26 Pf. für das Liter Milch und 2,80 M. für das Pfund Butter festgesetzt und Androhung der üblichen Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre oder 10 000 M. Geldstrafe. Wo die Preise für Milch oder Butter zurzeit niedriger sind, dürfen sie nicht erhöht werden!

Butter-Höchstpreise.

Der Magistrat von Frankfurt a. M. hat für Butter Höchstpreise festgesetzt, und zwar 2,40 M. für Sahrahmbutter und 2,10 M. für Landbutter.

Die Stadtverwaltung Münster in Westfalen verkauft gegenwärtig Butter zu 1,90 M. das Pfund, Eier zu 15 Pf. das Stück und Holländer Käse zu 1,25 M. Pfund.

Der „Magdeburger Zeitung“ zufolge hat der stellvertretende Kommandierende General für den Bereich des 4. Armeekorps den Höchstpreis für Butter auf 2,80 M. festgesetzt.

Für den Bereich des 8. Armeekorps einschl. der Festungen Glatz und Breslau wurden die Höchstpreise für Butter auf 2,80 M. für das Pfund festgesetzt. Wo niedrigere Preise bestehen, darf keine Preiserhöhung stattfinden.

Die Freikonserwativen zur Futtermittelnot.

In der „Post“ erörtert Freiherr v. Hedlich die bestehende Futtermittelnot und kommt dabei zu folgender Forderung:

„Bei Erörterung der einschlägigen Fragen in den Kreisen der freikonservativen Partei ist man daher zu der Auffassung gelangt, daß die Reichseinkaufsstelle die Preise für von ihr aus dem Auslande bezogene Futtermittel für die heimische Viehhaltung nicht unbedingt nach der Höhe ihrer eigenen Kosten bemessen, sondern sie nötigenfalls unter Verzicht auf einen Teil des Einkaufspreises jenen zu einem im richtigen Verhältnis zu den Höchstpreisen ihrer Erzeugnisse stehenden Preise abzulassen habe. Die Differenz zwischen Einkaufs- und Wiederverkaufspreis würde mit Rücksicht auf das in Betracht kommende Gesamtinteresse des Reiches billigerweise der Reichskasse zuzuschreiben haben. Es handelt sich dabei um mittelbare Kosten des Krieges, die genau wie die Kosten der Kriegführung selbst billigerweise der Gesamtheit zur Last fallen.“

Gegen diesen Vorschlag ist nichts einzuwenden, sobald die Regierung Höchstpreise für Fleisch und Fleischwaren, Volkserzeugnisse und Eier festsetzt. Geschieht das nicht, so käme die Ueberlassung billiger Futtermittel nur dem einzelnen Landwirt zugute, ohne daß die Konsumenten niedrigere Preise erwarten könnten.

Zur Milderung der Fleischnot.

Im Laufe der nächsten Woche sollen Maßnahmen gegen die Fleischsteuerung zu erwarten sein. Wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, ist zunächst eine Preisregelung für Schweinefleisch in Aussicht genommen. Unentschieden ist nur noch, ob die Höchstpreise für Lebendgewicht oder für Fleisch im Groß- bzw. Kleinhandel festgesetzt werden. Für die Streckung unserer Vorräte, namentlich in Zeit, kommen folgende Maßnahmen in Betracht: Einführung von „fleischlosen Tagen“ in allen öffentlichen Gastwirtschaften, Einführung von Tagen, an denen nur gelochtes (nicht gebratenes) Fleisch abgegeben werden darf, Einführung von Bestimmungen, wonach neben Wild und Geflügel nur höchstens zwei bis drei Fleischpreisen auf der Speisekarte der Gastwirtschaften geführt werden dürfen usw.

Die Aermsten kaufen am teuersten.

In dem Lebensmittelbureau der Stadt Aachen war diese Tage unter Mitwirkung des Konsumentenausschusses eine Ausstellung von Wurstwaren und Eiern aufgebaut, die aus Geschäften der verschiedensten Stadtteile entnommen waren. Die Ausstellung, die von objektiven Sachverständigen begutachtet wurde, bewies, daß die Aermsten in den Arbeitervierteln bei schlechteren Qualitäten die höchsten Preise zahlen. Sie bewies ferner, daß die Fleischwaren der armen Leute die teuersten sind. Wo Metzger zwei Sorten Blutwurst, „beste“ und „gewöhnliche“, verkaufen, zeigte sich, daß es sich meist um dieselbe Ware handelt. Bei Eiern zeigte sich in den verschiedenen Stadtteilen ein Wertunterschied von nahezu 20 Pf. bei gleicher Qualität.

Reichstagsabgeordnete in der Reichsprüfungsstelle.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Liste der Mitglieder der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise. Dieser Körperlichkeit gehören neben einer Reihe Mitglieder des Bundesrats, Bürgermeister und Kaufleute folgende Mitglieder des Reichstages an: Wassermann, Behrens, Dr. Böhm, Ebert, Fischel, Giesberts, Gerold, Dr. Roefide, Schmidt-Berlin, Graf v. Schwerin, Seyda, Stubendorff und Dr. Wendorf an. Außerdem sei noch erwähnt Seiffert, Geschäftsführer der Großhandelsfirma in Hamburg, und Dr. Müller-Hamburg vom Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Aus der Partei.

„Naturgemähe Gefühle“.

Die „Chemnitzer Volkstimme“ knüpft an die Eingabe des Parteivorstandes und der Generalkommission wegen des Lebensmittelmachers eine Polemik gegen die freikonservativen „Post“, die wie folgt aussteht:

„Die „Post“, die auch auf dem Standpunkte steht, schleunigst der Lebensmittelsteuerung durch Regierungsmassnahmen zuleibe zu gehen, gibt sich trotzdem den Anschein, als hätte sie den Feldzug unserer Partei gegen die Teuerung für ein Pronunziamento der auf dem Boden der

Fraktionsminderheit stehenden Parteigenossen. Das ist völlig irrig. Wenn überhaupt in diesem Zusammenhang von einem Unterschied der Ansichten in der Partei gesprochen werden kann, so nur in dem Sinne, daß das Gefühl der Erbitterung darüber, daß so gar nichts in der Teuerungssfrage geschieht und damit ihrem freudigen Eintreten für des deutschen Vaterlandes Wohlsonamenlose Schwierigkeiten gemacht werden, bei den Anhängern der Fraktionsmehrheit naturgemäß noch weit größer ist als bei denen der Minderheit. Hoffen wir deshalb, daß die Wolffsche Depeche ihre Besätigung und sofortige Ausführung findet, und daß sie nur der Vorläufer so tiefgreifender Wirtschaftsmassnahmen ist, wie sie der Parteivorstand in seiner Eingabe fordert.“

Die Eiberfelder „Freie Presse“ bemerkt dazu treffend:

„Auch die Unterstreichungen entnehmen wir dem Chemnitzer Parteiorgan. Es sagt, wie wir sehen, kurz und kühl, daß die angebliche Parteiminderheit weniger mit dem entbehrenden arbeitenden Volke fühlt, weniger auf Abstellung der bössartigen Teuerung bedacht ist, als die sogenannte Mehrheit. Ja, dieses Parteiorgan läßt sogar durchblicken — man beachte die Bemerkung über das „Eintreten für des deutschen Vaterlandes Wohl“ —, daß die Teuerung, weil sie Erbitterung zeugt, den Anhängern der Fraktionsminderheit gar nicht so übel gefällt! Die „Chemnitzer Volkstimme“ ist es, die wiederholt über den schlechten Ton der Minderheit geklagt hat. Wir erinnern uns keiner Aeußerung von Minderheitsvertretern in der Partei, die tiefer stände als das, was dieses Parteiblatt Parteimitgliedern zu unterstehen mag. Wüßten wir nicht, daß man in Chemnitz den Parteijournalismus mehr vom Temperament als von der Vernunft befruchtet läßt, so hätten wir anderes auf den obigen Anwurf zu sagen, den wir für heute mit diesen kurzen Bemerkungen zu dem übrigen legen.“

Soziales.

Geisteskrankheit durch Sturz.

Die Unzuverlässigkeit ärztlicher Diagnosen tritt in dem vor dem Oberversicherungsamt anhängig gemachten Rentenstreitigkeiten oftmals recht deutlich hervor und immer wieder verschuldet die Fehlbarkeit menschlichen Urteils, das in bestimmten Fällen überhaupt nur auf eine Eindrucksgewinnung aus Akten oder fremden Angaben angewiesen ist, langwierige Verfahren. Mit einem solchen Geschick ist auch der Rentenstreit der Frau des Zimmerers Karl Schüler befaßt. Sch. stürzte 1912 bei der Arbeit mit dem Kopf gegen einen Balken.

Der Unfall wurde zuerst mit 30 Prozent abgegolten, schließlich aber für belanglos gehalten und weitere Vergütung von der Versicherungsträgerin abgelehnt, weil eine Verklammerung nicht merkbar war. Mittlerweile wurde jedoch der dieser Ablehnung zugrunde liegende Befund durch die Tatsache lägen gestraft, daß Schüler wegen Geisteskrankheit nach der Irrenanstalt Eberswalde gebracht werden mußte. Dort erkannte man sofort den Zusammenhang zwischen Unfall und Erkrankung. Auch Medizinalrat Leyman als Obergutachter gab im selben Sinne seiner Ueberzeugung Ausdruck. Ohne ihren früheren Bescheid zurückzuziehen, erließ die besagte Bauherren-Gesellschaft am 20. August einen neuen, und bewilligte der Frau für ihren Mann die Vollrente. Das Oberversicherungsamt nahm den Standpunkt der letzten beiden Gutachter ein und erblickte in dem Unfall die Ursache der Geisteskrankheit. Somit war auch die Beschränkung der Frau gerechtfertigt und ihrer Verurteilung gegen den ersten Bescheid wurde stattgegeben. Der erste Gutachter, dem die Rentenaufhebung zuzuschreiben ist, hat dies also in völliger Verkennung der Tatsachen getan.

Wehrung der Volkskraft.

Zu der Tagung für „Erhaltung und Wehrung der deutschen Volkskraft“, die die Zentralfstelle für Volkswohlfahrt für die Zeit vom 26.—28. Oktober im Reichstagsgebäude veranstaltet, können, wie uns mitgeteilt wird, Teilnehmern nicht mehr ausgegeben werden, da die zulässige Zahl bereits vergriffen ist.

Berichtszeitung.

Spielerei mit Schießwaffen.

Das leidige Spielen mit einer Schußwaffe hat wieder einmal einen Unfall verursacht, der leicht recht böse Folgen hätte haben können.

Als Angestellte hatte die noch jugendliche Frida Knispel vor der Strafkammer des Landgerichts II zu erscheinen, um sich auf die Beschuldigung der fahrlässigen Körperverletzung zu verantworten. Am Spätabend des 5. Juli kam die Angestellte in Begleitung eines jetzt zum Militär eingezogenen jungen Mannes von einem Ausfluge heimkehrend, durch die Hermannstraße in Neußölln. Der junge Mann hatte einen Taschenrevolver bei sich, der nach seiner Meinung nicht geladen war. Der junge Mann ließ sich überreden, dem Mädchen den Revolver in die Hand zu geben, da sie sich für die Konstruktion einer solchen Waffe und die Handhabung mit ihr sehr interessierte. Die Angestellte drückte zweimal los, ohne daß etwas erfolgte, beim dritten Male aber entlud sich eine Kugel, die ihren Weg bis über die Straße nahm und einem auf der anderen Seite mit ihrem Vater an der Strassenbahn-Haltestelle wartenden zwölfjährigen Mädchen in den Rücken drang. Die Verletzte ist einige Zeit krank gewesen, jetzt aber wieder hergestellt; sie hat dauernden Schaden an ihrer Gesundheit nicht erlitten, obgleich die Kugel noch in ihrem Rücken steckt. — Der Staatsanwalt beantragte gegen die leichtfertige Angestellte 1 Woche Gefängnis, der Gerichtshof verurteilte sie zu 100 M. Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängnis.

Schließung einer Schankwirtschaft.

Das Oberverwaltungsgericht sprach sich dieser Tage über die grundsätzliche Frage aus, ob gegen Polizeimassnahmen auch dann das Verwaltungsstreitverfahren zulässig ist, wenn die polizeilichen Massnahmen nachträglich ausdrücklich vom Oberbefehlshaber gebilligt worden sind. Es verneinte diese Frage.

Die Polizeiverwaltung zu Frankfurt a. D. hatte eine Schankwirtschaft im September 1914 geschlossen, weil in der Wirtschaft in sittlicher Beziehung Ungehörigkeiten vorgekommen seien. Der militärische Oberbefehlshaber sprach nachträglich seine Billigung in Form einer nachträglichen Ermächtigung aus. Die Wirtin klagte gegen die Polizeiverwaltung auf Aufhebung der Schließung. Der Bezirksauschuss wies die Klage ab. Das Oberverwaltungsgericht bestätigte dies Urteil mit folgender Begründung: Die Klage im Verwaltungsstreitverfahren sei in diesem Falle überhaupt nicht gegeben. Ein Verwaltungsstreitverfahren gebe es nur in den Fällen, wo es ausdrücklich durch Gesetz zugelassen sei. Nun sei es ja gegen polizeiliche Verfügungen im Sinne des § 127 und der folgenden Paragraphen des Landesverwaltungsgesetzes gegeben. Um eine solche polizeiliche Verfügung handle es sich hier aber nicht. Es stehe fest, daß der Oberbefehlshaber in den Marken die Schließung gebilligt habe. Damit habe der militärische Oberbefehlshaber zu erkennen gegeben, daß die Verfügung gleichsam als seine eigene Verfügung zu erachten sei. In solchen Fällen gebe es keine Klage im Verwaltungsstreitverfahren. Dagegen könne sich die Klägerin höchstens beim Kaiser beschweren. Die Klage sei daher mit Recht als unzulässig abgewiesen worden.

Aus Groß-Berlin.

Petroleumverkauf gegen Warenabnahme.

Uns wird geschrieben: Durch die Festsetzung des Höchstpreises für Petroleum, das Liter auf 32 Pf., wollten die Behörden sicherlich dazu beitragen, die minderbemittelte Bevölkerung, die zum größten Teil auf diesen Brennstoff für Licht in ihren Wohnungen noch angewiesen ist, beim Einkauf vor Ueberbortung zu bewahren. Gewisse Geschäftsleute scheinen aber trotz der behördlichen Anordnung aus der Not eine Tugend zu machen. Schreiber dieser Zeilen konnte das am Montag, den 18. d. Mts., feststellen. An diesem Tage, nachmittags 5 Uhr, hatte ich in dem Hause Neue Jakobstraße 14 geschäftlich zu tun. Bei meiner Ankunft vor dem Hause fand ich eine große Menschenansammlung vor, welche wohlgeordnet in Reih und Glied auf dem Bürgersteige sich aufgestellt hatte. Drei Schutzleute bemühten sich, die Menschenmasse in Ordnung zu halten und sorgten auch ferner dafür, daß neuankommende sich hinten anschließen mußten. Auf meine Erkundigung erfuhr ich, daß alle diese Leute, darunter viele Kinder, gekommen wären, Petroleum einzukaufen. In dem genannten Hause befindet sich eine Firma „Luisen-Drogerie“, welche seit ungefähr zehn Tagen einen Petroleumverkauf betreibt. Viele Frauen klagten, daß sie von weit her aus dem Südosten der Stadt gekommen seien, stundenlang warten mußten, ihre Zeit opferten und dann noch indirekt das Petroleum teurer kaufen mußten. Auf meinen Einwurf, daß das Liter doch 32 Pf. koste und darüber hinaus niemand gehen dürfe, erklärten mir die Umstehenden, „da kommen Sie schön bei dem Mann an, der verkauft nur Petroleum wenn man andere Waren gleichzeitig mitkauft. Wenn man für über 50 Pf. bis 1 M. noch andere Waren kauft, erhält man 1 Liter, unter 50 Pf. 1/2 Liter, wer keine anderen Waren kauft, erhält mit Mühe und Not höchstens 1/4 Liter Petroleum.“ Um mich zu überzeugen, betrat ich vom Hausflur aus den Laden. Der Geschäftsinhaber fragte sofort nach meinem Verlangen. Ich gab ihm zur Antwort, „daß ich mich für die Art des Petroleumverkaufes interessiere.“ Der Herr wurde gleich aufgeregt und ersuchte mich, den Laden zu verlassen. Von einigen Frauen, die mir bereitwillig ihre Adressen nannten, erfuhr ich dann folgendes: Eine Frau, welche in der Tuchstraße wohnte und seit 2 Uhr nachmittags gestanden hatte, erhielt um 1/2 Uhr einen halben Liter Petroleum, nachdem sie sich bereit erklärt hatte, ein Schauerstück zum Preise von 28 Pf. mit einzukaufen. Die Frau zeigte den Umstehenden das Schauerstück und meinte, daß sie einen solchen Schauerlappen in jedem Seitengeschäft für 20 Pf. erhalte, das 1/2 Liter Petroleum kostete somit 40 Pf. Eine andere Frau wiederum bekam einen Liter Petroleum, mußte aber ein Paket Sunlichtseife zum Preise von 60 Pf. entnehmen, wie sie erklärte, um bloß einen Liter zu erhalten, mithin hatte sie 92 Pf. geopfert und dazu 4 Stunden gewartet. Noch eine andere Frau, die von der Andreasstraße gekommen war und ebenfalls 4 Stunden warten mußte, hatte für einen Liter Petroleum und Entnahme anderer Waren zusammen 97 Pf. gezahlt. Ein Knabe, ebenfalls Andreasstraße wohnhaft, zahlte für 1/2 Liter Petroleum unter Zukauf anderer Artikel 50 Pf. Solche Geschäftspraktiken dienen sicherlich nicht dazu, der minderbemittelten Bevölkerung in diesen so ernsten und schweren Zeitverhältnissen das Leben erträglich zu gestalten. Es wäre dringend notwendig, daß die ärmere Bevölkerung gerade beim Einkauf dieses für sie so notwendigen Brennstoffes nicht genötigt wird, in dieser Weise zu Petroleum zu kommen. Hoffentlich wird auch auf diesem Gebiete eine bessere Ordnung geschaffen.

Petroleumverkauf in der Lindenstraße.

In der Lindenstraße drängten sich gestern Hunderte von Frauen zu der dort eingerichteten Petroleumabgabe. Leider fehlte es an der Möglichkeit, in geordneter Weise zu dem ersehnten Del zu gelangen. Und zwei Beamte, die da ordnen eingreifen wollten, richteten durch ihr Puffen und Stoßen in unschuldig dastehende Frauen und Kinder mehr Unheil an, als daß sie halfen, während die beiden Vertriebenen sich sehr taktvoll und verständig benahmen.

Würde es sich nicht empfehlen, die Einkommen mit numerierten Karten zu versehen, damit die zuerst Gekommenen auch zuerst abgefertigt werden könnten?

Fahrpreiserhöhung für Kraftdroschken.

Zu der Notiz „Fahrpreiserhöhung für Kraftdroschken“, welche am 18. d. M. eine Kunde durch die Tagespresse machte, wird uns von der Sektionsleitung der Kraftdroschkenfahrer im Deutschen Transportarbeiterverbande folgendes geschrieben:

„Zu der Erhöhung des Dreikontariffs sei bemerkt, daß unserer Organisation von einem Antrag der Kraftdroschkenfahrer an die Verkehrspolizei nichts bekannt ist und es sich wohl nur lediglich um einen Antrag der Kraftdroschkenbesitzer handelt. Nach der Erfahrung, welche die Fahrer bei der Taxerhöhung im Mai d. J. gemacht haben, wonach die daraus entstehende Mehreinnahme nur den Besitzern allein zufließt, dürfte den Fahrern eine weitere Fahrpreiserhöhung wenig interessieren.“

Nach dem Vorgehen der Kraftdroschkenbesitzer zu urteilen, hat es den Anschein, als ob sie die beantragte Mehreinnahme auch diesmal für sich beanspruchen wollen. Andernfalls hätten sich diese Herren im jetzigen Zeichen des Burgfriedens bei ihrem Vorgehen vorher mit unserer Organisation verständigt. Nach dem bisherigen Ums und den in den meisten Betrieben abgeschlossenen Lohnverträgen stehen den Fahrern pro Schicht 90 Pf. an Lohn und 25 Proz. von der Gesamteinnahme zu. Leider gibt es einen Teil Unternehmer, die diesen Lohnfuß heute nicht mehr innehalten und den Fahrern noch alle möglichen Abzüge machen, trotzdem die Fahrer ebenso unter den jetzigen teuren Lebensverhältnissen zu leiden haben, als die Unternehmer.

Zu dem Antrag der Hoteibesitzer bemerken wir, daß unseres Erachtens heute noch genügend Pferdehändler auf den Bahnhöfen halten. Dagegen sind die wenigen sich noch im Verkehr befindlichen Autodroschken vom Publikum so begehrt, daß die Fahrer gar nicht erst dazu kommen, sich in genügender Zahl auf den Bahnhöfen aufzuhalten.“

Nuttermittelversorgung für Geflügelhaltungen.

Für die Zeit von Mitte November ab wird das königlich preussische Landesamt für Nuttermittel den Kommunalverbänden Körnerfutter für Geflügelhaltungen zur Verfügung stellen.

Zu diesem Zweck hat der Magistrat den für den Gemeindebezirk in Betracht kommenden Bedarf rechtzeitig angemeldet.

Bei der Verteilung dieses Körnerfutters sollen jedoch nur berücksichtig werden Zuchtstiere solcher Rassen, die für den Wiederaufbau der Wirtschaftsgeflügelzucht von Nutzen sein können, und solche Hühner, die zur Produktion von Eiern gehalten werden. Wasser- und Tauben werden nicht berücksichtigt.

Die Halter von solchen Zuchtställen und von Rughühnern müssen, soweit sie ihre Tiere im Stadtteil Berlin halten, ihren Bestand an Zuchtstücken oder Rughühnern unter Einreichung einer Bescheinigung des Hauswirts, Verwalters oder Verpächters des Grundstücks, auf dem die Hühner gehalten werden, über deren Stückzahl auf dem Bureau für Nuttermittelverteilung Berlin O 2, Stadthaus, Stralauer Straße 15/22, III. Stock, Zimmer 811, binnen einer Woche schriftlich anmelden.

Der städtische Schmalzverkauf.

In den städtischen Verkaufsstellen für Fleisch und Fettwaren wird zunächst Schmalz nicht mehr ausgegeben werden. Der Magistrat hat beschlossen, die noch vorhandenen Vorräte von Schmalz an bedürftige Familien, insbesondere an Angehörige der Kriegsteilnehmer abzugeben. Die Verkaufsorganisation ist dem Nationalen Frauenverein übertragen, der nach Prüfung der Bedürftigkeit Berechtigungslisten für bestimmte Mengen ausgeben wird. Ueber den Beginn des Verkaufs wird Näheres nach mitgeteilt werden.

Ein Ehebruchdrama zwischen Himmel und Erde spielte sich gestern früh in Wilmsdorf ab. In der Prinzregentenstraße flüchtete die 18-jährige Frau des Eisenbahnbeamten L., Weststraße wohnhaft, aus der Wohnung ihres Liebhabers, ließ sich, als sie von dem betrogenen Ehemann überfallen wurde, aus dem dritten Stockwerk an einem Seil herab und stürzte dabei ab. Sie wurde schwer verletzt nach dem Schöneberger städtischen Krankenhaus gebracht. Der Mann war seit längerer Zeit im Felde und erhielt in letzter Zeit mehrere anonyme Briefe, in denen ihm mitgeteilt wurde, daß seine junge Frau, mit der er erst kurze Zeit verheiratet war, es mit der ehelichen Treue nicht sehr genau nehme. L. ließ sich Urlaub nach der Heimat geben und traf vorgestern Nacht in seiner Wohnung in Wilmsdorf ein. Er fand die Anschuldigungen gegen seine Frau bestätigt. Aus Furcht vor ihrem Mann unternahm dann die junge Frau den wagehalsigen Fluchtversuch, der auf so furchtbare Weise mißglückte.

Eine Schwindlerin, die Kindern Geld und Waren ablockt, tritt seit einigen Tagen besonders in den Stadtgegenden auf, in denen viele Konfektionsarbeiterinnen wohnen. Gestern erbeutete sie von einem neunjährigen Knaben vier Astrachanmäntel mit gelbem Seidenfutter und von einem zehnjährigen Knaben zwei Anzüge. Die gefährliche Person ist etwa 30 Jahre alt, groß und schlank und trug bisher ein schwarzes Jackett mit gelben Punkten.

Keine Nachrichten. Ein schwerer Automobilschiff ereignete sich am Mittwoch in der Siemensstadt in Spandau. Der Chauffeur Franz Wegel aus der Tauroggen Straße 15 in Charlottenburg wurde dort beim Ueberfahren des Fahrdammes von einem Kraftwagen der Protostrecke umgerissen und überfahren. Er erlitt innere Verletzungen und eine blutige Kopfverletzung. Er wurde nach Anlegung von Notverbanden nach dem Krankenhaus Westend geschafft. — Beim Abpringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen der Linie W kam Mittwochabend in der Straße Alt-Neubitz eine Frau Rosalie Kalow zu Fall, geriet unter die Vorderplattform des Wagens und erlitt Rippenquetschungen und Hautabschürfungen an den Beinen. Die Verunglückte fand im Rudolf Virchow-Krankenhaus Aufnahme.

Das Apollo-Theater bietet auch im neuen Monat ein recht abwechslungsreiches Programm. Neben der Operettendiva Mia Werber debütiert Claire Waldoff in ihrer Eigenart und trägt ihre Berliner in der bekannten Schmodrigkeit zum Ergötzen des Publikums vor. Nicht minder erregt sich die schlanke, sogar sehr schlante Kabarettistin Gussy Holl die Kunst der Zuhörer, insbesondere durch ihre prächtige Parodie auf ihre Kollegin Claire Waldoff. Und Schneider-Dunker, auch einer vom Kabarett, fügt einige hübsche Chansons hinzu. Ein Weltmeister der Jongleurekunst ist Esterno, der geradezu verblüffende wohlgelungene Tricks vorführt. Die Komik wird durch Clemens Velling mit seinen Jünglingen, Esel und Hunde, präsentiert. Manfred Garbell stellt sich als ein Künstler der Geige vor, und die fünf Lyrists sowie die Ratty-Frank-Truppe zeigen bei ihren gymnastischen und akrobatischen Akten, was Gewandtheit und Kraft vermögen.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater. Am Sonnabend, den 23. Oktober, findet die Uraufführung der neuen dreitägigen Sportkomödie „Kofenblatts Geheimnis“ von Anton und Donat Herrnsfeld mit beiden Verfassern in den Hauptrollen statt.

Aus den Gemeinden.

Maßregel der Köpenicker Polizei gegen die Lebensmittelteuerung.

Die Köpenicker Polizeiverwaltung erläßt nachstehende amtliche Bekanntmachung:

Für einen Teil von Nahrungsmitteln sind Höchstpreise festgesetzt; auch ist ein Wucher mit Lebensmitteln gesetzlich verboten worden.

Diejenigen Bürger und Bürgerinnen, welche bei ihren Einkäufen die Auffassung erlangen, daß von Verkäufern gegen diese Bestimmungen verstoßen wird, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen alsbald der Polizeiverwaltung, Rathaus, Zimmer 3, zu Protokoll zu geben.

Die Polizeiverwaltung wird in allen Fällen, wo sich die Richtigkeit dieser Anzeige ergibt, ohne Ansehen der Person rücksichtslos gegen den Schuldigen auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen vorgehen.

Dagegen wird darauf aufmerksam gemacht, daß ein Einschreiten des Publikums selbst gegen den Beschuldigten in Form eines tätlichen Angriffs oder durch die Beschädigung von Waren, Geschäftsgütern usw. strafbar ist und gegen solche Täter mit aller Strenge des Gesetzes vorgegangen werden wird. Während der Kriegszeit werden derartige Vergehen außerordentlich hoch bestraft.

Fettverkauf in Lichtenberg.

In den städtischen Fleisch- und Fettverkaufsstellen wird außer den bisher feilgehaltenen Fleisch- und Leigwaren ein größerer Posten Rindfleisch verkauft. Der Preis beträgt 1,40 M. für das Pfund. Der Verkauf erfolgt nur gegen Vorweisung der Fleischbezugskarten, die jeden Wochentag nachmittags von 5 bis 7 Uhr und Sonntags vormittags von 9 bis 12 Uhr im Rathaus, Mühlendorferstr. 6, verabsolgt werden.

Petroleummarken für Potsdamer Heimarbeiter.

Die Stadt Potsdam hat ihre Kriegsfürsorge jetzt auch auf die Petroleumbeschaffung für Heimarbeiter ausgedehnt. Das Stadtgebiet ist in fünf Bezirke eingeteilt, in denen je ein Kaufmann das städtische Petroleum zum Preise von 32 Pf. pro Liter gegen Bezugschein (Petroleummarken) abgibt. Bezugsberechtigt sind nur solche Heimarbeiter und -arbeiterinnen, die sich durch eine Bescheinigung der Ortskrankenkasse als solche ausweisen und durch eine weitere Bescheinigung des Hauswirts nachweisen können, daß in der bewohnten Wohnung weder Gas noch elektrisches Licht vorhanden ist. Die Petroleummarken sind nach Erfüllung der Vorschriften im Militärbureau erhältlich.

Kinderveranstaltungen in Reinickendorf-Ost. Sonntag, den 24. Oktober, nachmittags, finden im Jugendheim, Hoppelstr. 32, für die Kinder unserer Parteigenossen zwei Kinderveranstaltungen statt, und zwar die erste von 4-5 und die zweite von 5-6 Uhr.

Aus aller Welt.

Gehölktes Walfischfleisch.

Die „Deutsche Tageszeitung“ meldet: In Burg bei Magdeburg hat ein Fleischermeister große Mengen Walfischfleisch angekauft und stellt es für 65 Pf. das Pfund zum Verkauf. Das Fleisch sieht wie Rindfleisch aus und eignet sich sowohl zum Kochen wie zum Braten.

Die glücklichen Einwohner von Burg sind zu beneiden. Nun können sie sich doch wieder einen saftigen Braten gönnen. Hoffentlich ist ihnen nach dem Genuß desselben nicht tranig zumute.

Bergitung durch verdorbene Nahrungsmittel. Nach dem Genuß von Bohnensuppe ist in Wilschhausen die aus fünf Personen bestehende Familie eines Stellmachers unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt. Ein neunjähriges und ein fünfjähriges Mädchen sind bereits gestorben, während die übrigen Familienmitglieder noch sehr krank danieder liegen.

Ein Wilderer erschossen. In dem Jagdgebiet des Offizier-Jagdvereins in Godesb. h. v. wurde am Montagabend der 50 Jahre alte Arbeiter R., der beim Wildern betroffen wurde, von einem Jagdausscher nach einmaligen Augenschuß erschossen. R. ist Vater von sieben zum Teil unerschorenen Kindern. — Kürzlich lasen wir, daß infolge des Jägermangels das Wild überhandnehme und viel Schaden anrichte.

Explosionen in Munitionsfabriken. In Paris hat am Mittwoch nachmittag in einer Fabrik in der Rue Tolbiac eine heftige Explosion stattgefunden, bei welcher 37 Personen getötet und viele verletzt wurden. Einige Nachbarhäuser sind eingestürzt; alle Fenster jenes Stadtviertels sind zertrümmert.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus Genf: In der Munitionsfabrik von Chedde in Hochalvoyn hat sich eine Explosion ereignet, durch die mehrere Personen getötet und verwundet worden sind. Einzelheiten fehlen, da über den Fall möglichstes Stillschweigen bewahrt wird.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 359 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde-1., 4. u. 5. Garde-Regt. a. F.; 2. Garde-Reserve-Regiment; Garde-Grenadier-Regiment Alexander, Franz und Elisabeth; Garde-Füsilier-Regiment. Besondere-Infanterie-Regiment. Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regiment Nr. 4, 5, 6, 10, 22 (s. auch Inf.-Regt. Nr. 157), 23 bis einschl. 29, 32, 33, 34, 38, 40, 49, 51, 54, 55, 57, 58, 61, 62, 63, 65, 66, 67, 69, 74, 76, 77, 78, 82, 86 (s. Inf.-Regt. Nr. 157), 118 (s. Inf.-Regt. Nr. 157), 146, 147, 148, 157, 171, 172, 173, 187. Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 10, 22, 24, 26, 35, 38 (s. Inf.-Regt. Nr. 228), 52, 56, 61, 64, 66, 68, 74, 78, 81, 82, 202 bis einschl. 219, 226 bis einschl. 230, 232, 233, 235, 236, 237, 250. Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 7, 9, 11, 22, 23, 24, 27, 30, 33, 34, 46, 47, 48, 57, 61 (s. auch Fest.-Maschinengew.-Abt. Nr. 1 Graudenz), 66, 77. Garnison-Bataillon Strahburg. Jäger-Bataillone Nr. 4, 5, 11, 14; Reserve-Bataillone Nr. 3 u. 24. Garde-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 1 (s. Inf.-Regt. Nr. 228); Maschinengewehr-Abteilung Nr. 6; 2. Ersatz-Maschinengewehr-Kompagnie des 20. Armeekorps; Feld-Maschinengewehr-Büge Nr. 125 (s. Inf.-Regt. Nr. 27), 166 (s. Inf.-Regt. Nr. 228); Festungs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 1 (Graudenz) und Nr. 13 (Goub. Posen); Reserve-Festungs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 2 und 8.

Kavallerie: Garde-Reserve-Dragoon; Garde-Fusaren (s. Romb. Kav.-Regt. der 1. Garde-Inf.-Division); Kombiniertes Kavallerie-Regiment der 1. Garde-Infanterie-Division; Kürassiere Nr. 1, 3 und 6; Dragoner Nr. 6 (s. Romb. Kav.-Regt. der 1. Garde-Inf.-Division), 12, 13, 16, 19, 23; Fusaren Nr. 1, 4, 8 (s. Manen-Regt. Nr. 16), 10; Manen Nr. 2 (s. Inf.-Regt. Nr. 63) und 16; Reserve-Manen Nr. 5; Jäger zu Pferde Nr. 2 und 9; 3. Landwehr-Eskadron des 1. Armeekorps.

Feldartillerie: 3. Garde-Reserve-Regiment; Regiment Nr. 2, 4, 10, 11, 16, 17, 19, 21, 26, 31, 36, 37, 41, 70, 71 (s. Feldart.-Regt. Nr. 93), 73 (s. auch Feldart.-Regt. Nr. 93), 93 (s. auch 9-cm-Batterie Weidenbach), 229; Reserve-Regiment Nr. 15, 16, 17, 19, 25, 36, 46, 53, 56, 61; Landwehr-Regiment Nr. 9. Feldartillerie-Abteilung Nr. 231. Feldartillerie-Schießschule (s. 3. Garde-Res.-Feldart.-Regt.).

Fußartillerie: 1. und 2. Garde-Regiment; Regiment Nr. 4, 6, 7, 10, 20; Reserve-Regiment Nr. 1, 2, 8, 14; Fußartillerie-Bataillone Nr. 27, 38, 56; Ersatz-Bataillon Nr. 27; Fußartillerie-Batterien Nr. 232, 332, 339. 9-cm-Batterie Weidenbach. 1. Landsturm-Bataillon des 3. Armeekorps; Landsturm-Fußartillerie-Bataillon des 11. Armeekorps (s. Fußart.-Regt. Nr. 6). Mörser-Regiment Nr. 6.

Pioniere: Regiment Nr. 23, 24, 25, 30, 35; Bataillone: II. Nr. 5, I. Nr. 6, 11. Nr. 16, I. Nr. 21, II. Nr. 26, II. Nr. 27, I. Nr. 28; Reserve-Bataillon Nr. 33; Kompagnie Nr. 221; Reserve-Kompagnien Nr. 75 und 88; 2. Landwehr-Kompagnie des 14. Armeekorps. Leichte Minenwerfer-Abteilungen Nr. 212 und 207; Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 120; Schwere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 45 und 47.

Verkehrstruppen: Linien-Kommandantur Brüssel. Militär-Eisenbahndirektion Nr. 3. Eisenbahnbau-Kompagnien Nr. 26 und 31. Leichte Funkstation Nr. 5 der 8. Kavallerie-Division. Feldluftschiffer- und Feldfliegertruppe.

Train: Train-Abteilungen Nr. 2, 5 und 18. Landwehr-Fuhrpark-Kolonnen Nr. 3; Etappen-Fuhrpark-Kolonnen Nr. 4 des 5. Armeekorps.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnie Nr. 2 des Gardekorps und Nr. 1 des 6. Armeekorps; Landwehr-Sanitäts-Kompagnie Nr. 13 des 16. Armeekorps; Etappen-Sanitäts-Kraftwagen-Abteilung der Wurgarmee und Nr. 9.

Armierungs-Bataillone. Artilleriewerkstatt Spandau und Festungs-Artilleriewerkstatt Mek.

Kriegsbeschleunigungsämter. Bezirkskommandos: Kreuznach und Mek.

Die bayerische Verlustliste Nr. 228 bringt Verluste folgender Truppen: Infanterie-Leib-Regiment; Infanterie-Regiment Nr. 2, 3, 4, 7, 11, 15, 16, 17, 18, 20, 22; Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 2, 8, 10; Infanterie-Pionier-Abteilung; Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 13, 17, 18, 20, 21, 22; Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 1, 6; Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 2, 5, 6, 8; Landsturm-Infanterie-Bataillone: Aischaffenburg, Hof; Chevau-légers-Regiment Nr. 2, 3 und 5; Reserve-Kavallerie-Regiment Nr. 1, 2, 4, 8; Feldartillerie-Regiment Nr. 20; Reserve-Feldartillerie-Regiment Nr. 1, 6; Ersatz-Feldartillerie-Regiment; Fußartillerie-Regiment Nr. 1; Fußartillerie-Regiment Nr. 2; Fußartillerie-Batterie Nr. 300; Reserve-Fußartillerie-Regiment Nr. 1, 2, 3, 6; Pionier-Bataillone: 1. München, 2. Speyer; Korps-Brückentrain des 2. Armeekorps; Armeekorps-Genie; Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 3; Reserve-Pionier-Bataillon Nr. 2, 3 und 4; Reserve-Pionier-Kompagnien Nr. 6, 17 und 18; 1. Landwehr-Pionier-Kompagnie des 1. Armeekorps; 1. Landwehr-Pionier-Kompagnie des 3. Armeekorps; 2. Landwehr-Pionier-Kompagnie des 3. Armeekorps; 2. Landsturm-Pionier-Kompagnie des 1. Armeekorps; 1. Landsturm-Pionier-Kompagnie des 3. Armeekorps; Armierungs-Bataillon Nr. 1; Reserve-Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 6; Infanterie-Munitionskolonnen Nr. 8; Reserve-Wärderei-Kolonnen Nr. 1; Feldlazarett Nr. 9 des 2. Armeekorps; Kriegs-lazarett-Abteilung der 6. Reserve-Division; Etappen-Sanitäts-Kraftwagen-Abteilung 6a; Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Der Schluß der sächsischen Verlustliste Nr. 209, deren Inhalt gestern mitgeteilt wurde, wird veröffentlicht.

Jugendveranstaltungen.

Reinickendorf-Ost. Sonntag, den 24. Oktober: Freie Betätigung. — Dienstag, den 26. Oktober: Vortrag. — Mittwoch, den 27. Oktober: Erster Turnabend im Schönholzer Kalktunnelwäldchen bei Ramlow. — Donnerstag, den 28. Oktober: Gelangsbildungen.

Bernau. Sonntag, den 24. Oktober, abend 8 Uhr, findet im Restaurant Gesellschaftshaus, Kaiserstr. 79, ein Elternabend statt, bestehend aus Konzert, Regitationen, Vieder zur Laute und Redevortrag, zu dem besonders die schulelaffende Jugend und deren Eltern eingeladen sind.

Programme a 20 Pf. sind in der „Vorwärts“-Expedition bei H. Brose, Mühlentstraße, zu haben. Die Zeit aus der Schule entlassene Jugend hat freien Eintritt.

